

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Wochenentnahmen monatlich 60 M., vierzehntäglich 1,50 M.; durch die Post monatlich 1,50 M., vierzehntäglich 4,50 M. Einzelne Nummern kosten 1 M.; Post- und Versandgebühren Kosten pro Stück 10 Pf. Schätzungsgebühren werden nicht entnommen.



Berantwortlich für die Redaktion: Theob. Wagner; Druck: H. Haukens & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands; sämtlich in Bochum, Wittenhauser Straße 33-42. Telefon-Nr.: 08 und 90. Telegramm-Adresse: Alverdus Bochum.

Mut und Tatkraft.

Ihr Brüder grollt und ihr Schwestern klaget:
"O wie erbärmlich ist doch unser Sein!"
Euch drückt das Joch, das ihr so lang schon trage,
Doch habt ihr Mut nicht, um euch zu befreien. —
Was nützt das Klagen, wenn ihr immer zaget —
Und auch das Grollen rückt nicht einen Stein.
Nur Mut und Tatkraft kann die Fesseln brechen,
Unfreie bleibt ihr stets bei eu'ren Schwächen. —

„Die Stimmung bei uns ist nicht für einen Streik und ich glaube auch nicht, daß die dortigen Arbeiter sich demselben anschließen, selbst wenn wir hier einen augenreinen Streik proklamieren...“

Embisch hat hier die Unwahrheit gesagt, denn einige Tage später schloß sich der ganze Borbecke und Frintropener Bezirk dem Ausstande an, ohne seine Parole abzuwarten. Noch deutlicher als Embisch wurde der Generalstreikstompeter Gläskel, der u. a. ausführte:

„Viele Leute sind in den Ausstand getreten, ohne zu wissen, wofür sie streiken.... Wir werden entscheiden gegen einen Streik stimmen und dafür sorgen, daß unsere Mitglieder an der Arbeitbleiben....“

Der Generalstreikstompeter Effert führte u. a. aus:

„Wollten wir heute hier den allgemeinen Streik proklamieren, so bin ich fest überzeugt, daß uns die Arbeiter nicht folgen, denn auch ich sehe die Stimmung und weiß, daß der größte Teil aller Bergleute von einem Streik nichts wissen will.“

Das Sprachrohr der Zentrumsgewerbevereinsleitung, die „Essener Volkszeitg.“, schrieb in ihrer Nr. 9 vom 12. Januar 1905:

„Christliche Bergarbeiter! Lädt euch durch die sozialdemokratische Gege nicht in den Ausstand treiben, dessen Folgen unverhinderbar sind!“

Weiter nannte das Blatt den Streik einen Nutzlos, bei dem die Sozialdemokratie unverkennbar ihre Hand im Spiele habe; es heißt da:

„Es ist unverkennbar, daß die Sozialdemokratie ihre Hand bei dem Nutzlos im Spiel gehabt hat.“

Über die Revierkonferenz vom 12. Januar 1905 heißt es im Bericht der „Essener Volkszeitg.“, Nr. 11 vom 14. Januar:

„Die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter hat, darüber kann kein Zweifel obhalten, ganz unter dem terroristischen Einfluß der sozialdemokratischen Heilsarmee gestanden.“

Auf diesen Ton ist heute der „Bergknapp“ gestimmt! Was allerdings ergibt sich aber, daß die Zentrumsgewerbevereinsführer auch 1905 sich nur dem Zwang gehorchen, nicht dem eigenen Triebe, dem Streik angeschlossen; es gab eben kein Bursch mehr und darum mußten sie vorwärts gehen, wollten sie nicht zerstört werden. Dann aber überboten sie die Verbandsführer an Wortradikalismus, prischen den Zentrumsgewerbeverein als Klügerat des Streiks usw. Alles nur Komödie!

Dasselbe Doppelspiel wiederholte sich 1905 bei Beratung der sogenannten Bergarbeiterclubnovelle, 1906 bei Beratung der Knappfassionnovelle, 1907 bei Beratung des Sicherheitsmännergesetzes im preußischen Landtag und bei allen anderen Gelegenheiten; dasselbe Doppelspiel erleben wir auch heute wieder, weil es ganz der Tradition und dem Zweck, zu dem der Zentrumsgewerbeverein gegründet wurde, entspricht.

Ist von den Bechenherren ein freiwilliges Entgegenkommen zu erwarten?

Die Zentrumsgewerbevereinsleitung führt im letzten „Bergknapp“ den Eiertanz in der Lohnfrage fort. Sie will abwarten, was das „Wohlwollen“ der Bechenherren den Arbeitern bringt. Wenn sich die an dieses „Wohlwollen“ geknüpften Erwartungen aber nicht erfüllen, dann — ja, dann will die Zentrumsgewerbevereinsleitung „energisch“ werden, d. h. sie will dann erst „energisch“ werden, wenn es keinen Zweck mehr hat und der günstige Zeitpunkt, wo Erfolge erzielt werden könnten, für immer vorbei ist.

Die Meldungen in der den Bechenherren nahestehenden Presse, wonach ab 1. März oder 1. April entsprechend den höheren Kohlenpreisen generelle Lohnhöhungen eintreten sollten, wurden vom Bergbauverein energisch bestritten. Trotzdem schreibt der „Bergknapp“ noch in seiner Nummer 7 vom 17. Februar:

„Da die Grubenbesitzer bereits öffentlich erklären ließen, es werde eine Erhöhung der Löhne erfolgen, so war nicht zu erwarten, daß im Augenblick eine Lohnneigung erfolgen könnte. Die Grubenverwaltungen könnten mit einem Hinweis auf die gemachten Zusagen und erfolgten Lohnsteigerungen die Eingabe abtun und dabei die öffentliche Meinung auf ihrer Seite.“

Hier leistet sich der „Bergknapp“ eine bewußte Fehlführung seiner Mitglieder. Die bisherigen, völlig unverbindlichen und mit Vorsicht aufzunehmenden Mitteilungen der Bechenpresse können als Zusagen der Bechenherren gar nicht in Betracht kommen. Im Gegenteil wurde ja die Mitteilung der „Rhein.-Westf. Blg.“ vom 2. Februar, wonach ab 1. März oder 1. April eine generelle Lohnhöhung eintreten sollte, vom Bergbauverein als völlig unzutreffend bezeichnet. Zu den widersprechenden Meldungen der Bechenpresse schrieb selbst das führende Zentrumsorgan, die „Köln. Volkszeitg.“, vom 6. Februar:

„Nach der ganzen bisherigen Saltung des Bechenverbandes ist anzunehmen, daß in der Tat eine allgemeine Lohnhöhung nicht durchgeführt wird; denn das ist das Merkwürdigste: man sieht ein, daß die Preise der Stoffe gemeinsam festgestellt werden sollen, will aber nicht einsiehen, daß es wichtiger ist, die Preise der Arbeitskraft gemeinsam zu regeln.... Bis diese Politik betrieben wird, werden sich wohl noch heftige Kämpfe abspielen müssen, durch welche die Arbeiterverbände sich erst ihre Anerkennung erzwingen müssen. Es ist bedauerlich, daß ein offensichtlicher Fortschritt zurzeit nicht anders zu erreichen ist.“

Also selbst die „Köln. Volkszeitg.“ glaubt nicht an das Wohlwollen der Bechenherren, sondern sagt, nach ihrer bisherigen Haltung ist anzunehmen, daß eine allgemeine Lohnhöhung nicht durchgeführt wird, die Arbeiterverbände werden sich ihre Anerkennung durch heftige Kämpfe erzwingen müssen. Es ist bedauerlich, daß ein offensichtlicher Fortschritt zurzeit nicht anders zu erreichen ist.“

Also selbst die „Köln. Volkszeitg.“ glaubt nicht an das Wohlwollen der Bechenherren, sondern sagt, nach ihrer bisherigen Haltung ist anzunehmen, daß eine allgemeine Lohnhöhung nicht durchgeführt wird, die Arbeiterverbände werden sich ihre Anerkennung durch heftige Kämpfe erzwingen müssen.

Auf den gleichen Standpunkt stellte sich die „Saarpost“ (Zentrumsorgan) vom 5. Februar; sie schrieb u. a.:

„Wer sich auf die Arbeitgeber im Bergbau verläßt und wartet, bis daß dieselben aus eigener Initiative Lohnhöhungen vornehmen, dem kann unseres Glaubens der Magen recht lange knurrn.“

In ihrer Ausgabe vom 6. Februar erörterte die „Saarpost“ die widersprüchsvollen Mitteilungen der Bechenpresse und bemerkte dazu:

„Hierdurch wird unser Mißtrauen gegenüber der Rottig in der „Rheinisch-Westfälischen Blg.“ vollständig gerechtfertigt. Offiziell wird auch in Bergarbeiterkreisen und momentan von unseren Saarbergleuten immer mehr erkannt, daß von den Grubenbesitzern, ganz gleich, ob es sich um private oder staatliche Besitzer handelt, nur durch eine starke, gewerkschaftliche Organisation etwas zu erreichen ist.“

„Kölnische Volkszeitg.“ und „Saarpost“ sagen also übereinstimmend: Wer sich auf das Wohlwollen der Bechenherren verläßt, der ist verlassen. Der letzte „Bergknapp“ aber schreibt:

„Wir hoffen aber, daß die Arbeitgeber jetzt einen die Arbeiter befriedigenden Ausgleich schaffen.“

Aus der ganzen Aussmachung des letzten „Bergknapp“ ergibt sich, daß die Zentrumsgewerbevereinsleitung „hoffen“ will, bis nichts mehr zu „hoffen“ ist, d. h. der günstige Zeitpunkt, wo Erfolge erzielt werden könnten, für immer vorbei ist und die Bergarbeiter das Nachsehen haben.

Trotz unserer wiederholten Mächtigstellung hält der „Bergknapp“ an der völlig irrtümlichen Behauptung fest, daß die Lohneingabe in einer Sitzung befohlen worden sei, zu der die Zentrumsgewerbevereinsleitung nicht eingeladen war. Er schreibt:

„Die anderen Verbände haben dann eine weitere Sitzung abgehalten, zu der der Gewerbeverein nicht eingeladen war, und hier beschlossen, eine Lohnneigung, die aber dem uralten radikalen Ton nicht entspricht, sehr zähm gehalten ist und nicht fordert, sondern bittet, an den Bechenverband zu richten.“

Wir stellen demgegenüber nochmals fest, daß die gemeinsame Sitzung am 6. Februar einberufen worden war, um ein einheitliches Vorgehen in der Lohnfrage zu erzielen. Dieses scheiterte aber an der Haltung der Zentrumsgewerbevereinsvertreter, welche erklärten, daß sie ein gemeinsames Vorgehen in der Lohnfrage nicht mitmachen, sondern abwarten wollten, was das „Wohlwollen“ der Bechenherren den Bergarbeitern verschafft. Da blieb den anderen Verbänden selbstverständlich nichts anderes übrig, als die notwendigen Schritte ohne die Gewerbevereinsleitung zu tun. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß die Lohnneigung in einer Sitzung befohlen wurde, zu der die Zentrumsgewerbevereinsleitung nicht eingeladen war; ihre Vertreter haben sich vielmehr durch ihr ablehnendes Verhalten von der fortgesetzten Sitzung selbst ausgeschlossen.

Lebriegen scheint die Zentrumsgewerbevereinsleitung gute Beziehungen zu den Bechenherren zu haben; woher weiß sie sonst, in welchem Tone die Lohnneigung gehalten ist, obwohl dieselbe nicht öffentlich bekannt gegeben wurde? Gegenüber den hämischen Anzüpfungen des „Bergknapp“ sei bemerkt: Die Lohnneigung der drei Verbände unterteilt sich im Ton von den bisherigen in keiner Weise. Auch den Bechenherren gegenüber beobachten wir die Höflichkeit, die bei anständigen Menschen als selbstverständlich vorausgesetzt werden muß. In diesem Ton ist auch die Lohnneigung gehalten, höflich, aber bestimmt. Wir versiegen uns zu keiner „Wittricht“.

Wir betonen nochmals: Die Haltung der Zentrumsgewerbevereinsleitung hat nur den Zweck, die Lohnbewegung so lange zu verschleppen, bis der günstige Zeitpunkt, wo Erfolge erzielt werden können, vorbei ist und die Bergleute das Nachsehen haben. Neben dieser Tatsache kann das ganze Geschwafel des „Bergknapp“ nicht hinwegtäuschen. Wir stimmen da durchaus den Ausführungen der „Kölnischen Volkszeitg.“ und der „Saarpost“ zu, daß auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Bechenherren nicht zu hoffen ist.

Aber selbst dann, wenn die Bechenherren unter dem Druck der Verhältnisse der Bergarbeiter jetzt etwas entgegenkommen, was ist damit erreicht? Nichts! Sobald der Zeitpunkt für sie wieder günstiger ist, werden sie den Arbeitern viel mehr nehmen, wie sie ihnen jetzt vielleicht geben werden. Haben doch die Bergarbeiter des Ruhrgebiets in den letzten Jahren 140 Millionen Mark Lohnverluste allein durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungeachtet die Verluste, die ihnen durch die vielen Feierstädte entstanden sind. Dieses frevelhafte Spiel mit den Interessen der Arbeiter und der Gesamtheit wird sich wiederholen, wenn der günstige Zeitpunkt ungenügend vorübergeht, ohne daß entsprechende Garantien geschaffen werden. Wie notwendig das ist, ergibt sich auch aus einem Artikel des „Bergknapp“-Redakteurs Heinrich Embisch in Nr. 26 des „Centralblatt der christlichen Gewerkschaften“ vom 23. Dezember 1911, worin es unter anderem heißt:

„Die Leiter des Ruhrkohlenbergbaus sehen durchweg bisher in ihren Arbeitern lediglich Arbeitskräfte, die willenlos und bedingungslos ihre Löhne durchzuführen hatten. In früheren Jahrzehnten auch noch „Stimmbach“. Von einer praktischen Anerkennung der Arbeiter als gleichberechtigte Vertragskontrahenten, von Achtung der Arbeiter als Menschen war keine Rede. Mit Gewalt wollen die Vertreter des Grubenkapitals — verblüffende Arbeitgeber gibt es ja hier kaum mehr — die aufstrebenden Arbeiter niederrüsten und selbst deren berechtigte wirtschaftliche Forderungen nicht erfüllen. Das muß immer wieder zu Kämpfen führen.“

Embisch urteilt hier durchaus guttredend und darum ist die Haltung der Zentrumsgewerbevereinsleitung falsch und gefährdet das Arbeiterinteresse.

Nicht immer war auch der „Bergknapp“ so „brav“ und „hoffnungsfreudig“, wie er sich jetzt den Ansehen gibt, und derbe Töne schlug er besonders bei Einführung des Zwangsarbeitsnachweises an. Dafür nur einige Proben:

„Bergknapp“ vom 25. Februar 1909:

„Alle schönen Redensarten können nicht darüber hinwegtäuschen: Der Bechenverband will durch den Arbeitsnachweis die Arbeiter mehr wie bisher in seine Gewalt bekommen. Die neue Einrichtung ist eine sehr ernste Gefahr sowohl für den einzelnen Arbeiter, seine Interessen und Freiheitigkeit, als auch für den ganzen Stand und seine Emanzipationsbestrebungen.... Der Arbeitsnachweis in den Händen rücksichtloser Unternehmer ist unter Umständen ein Mittel, die Freiheit des Arbeitvertrages aufzuheben oder einzufrieden und das Koalitionsrecht der Arbeiter ganz oder zum Teil illusorisch zu machen. Gebietster ist erforderlich der neue Plan des Bechenverbandes Gegenmaßnahmen der Arbeiter. Es gilt unsere Freiheit, unter Geldbesitzungsrecht verteidigen!“

„Bergknapp“ vom 6. November 1909:

„Dem Bechenverband gegenüber muß die Gesetzegebung eingreifen. Sie kann und darf nicht dulden, daß wenige rücksichtlose Vertreter des Kapitals Millionen deutscher Grundsäger in der geplanten Weise unterdrücken; sie muß eingreifen, um dem Arbeiterstand das ihm gelegentlich gewährte Recht der Freiheitigkeit und der Organisation auch in der Praxis zu erhalten und ihm die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen und den Arbeitgebern zu sichern, schon im Interesse der Allgemeinheit, um die sonst unvermeidlichen, schweren und langwierigen, unsere Wohlseinlichkeit schädigenden Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitern im Bergbau zu verhindern.“

"Bergknappe" vom 27. November 1909:

"Wir brauchen gar nicht besonders zu betonen, daß die Gefahr eines Bergarbeitsnachschwundes im Ruhrbergbau viel größer ist, wie bei den schon bestehenden Nachweisen, weil er eben den ganzen Ruhrbergbau umfassen soll. Die Arbeiter und die Allgemeinheit rufen mit zur Wachsamkeit und zur Sichtnahme gegenüber solchen Plänen auf. Es gilt nicht nur das Wohl der Arbeiter, es gilt auch das Interesse der Allgemeinheit zu wahren."

"Bergknappe" vom 4. Dezember 1909 in einem Aufruf des Vorstandes des Gesamtabandes der christlichen Gewerkschaften:

"Die mächtigste Gruppe der großindustriellen Kapitalisten sucht durch ihre Arbeitsnachweise den freien deutschen Arbeiter herabzudrängen auf die willentliche Freiheit. Die schlimmsten Wirkungen derartiger Abgleichungen hätten nicht im entferntesten herangereicht an die verheerenden, die Freiheit der Arbeit und der Existenz vernichtenden Wirkungen der centralistischen Arbeitsnachweise. Sollen wir uns das widersprüchlich gestalten lassen? Nie und nimmer! Auf zum Protest auf der ganzen Linie! Rast durch Massenentschließungen den Schuß der Regierung und der Parlamente gegen diese Ungeheuerlichkeit an! Hoch die Freiheit der Arbeit! Nieder mit der Vaterland verderbenden kapitalistischen Willkür!"

"Bergknappe" vom 11. Dezember 1909:

"Die Bergarbeiter können sich unter keinen Umständen mit der Einsicht und dem Verstehen eines einseitigen Unternehmerarbeitsnachwusses einverstanden erklären. Der einseitige Unternehmerarbeitsnachweis ist eine ständige Gefahr und Bedrohung für die Arbeiter, die zu einer allgemeinen nationalen Gefahr werden kann."

Die Unrichtigkeit der Sprache läßt hier nichts zu wünschen übrig! Damit vergleiche man die heutige Haltung des "Bergknappen" und der Zentrums gewerkschaftsleitung. Alles, was hier gesagt wird, ist auch heute noch zutreffend. Die Freiheit des Arbeitsvertrages ist nicht nur gefährdet, sondern sie besteht überhaupt nicht. Nie wieder wird aber ein gleich günstiger Zeitpunkt wieder eintreten, um die Freiheit des Arbeitsvertrages in etwa zu sichern und der Willkür der Bechenherren einen Sieg vorzuschieben. Wie läßt sich unter diesen Umständen die Haltung der Zentrums gewerkschaftsleitung erklären???

Die Zentrums gewerkschaftsleitung will Streikbrecherdienste leisten!

Das offenbart uns der "Bergknappe", Nr. 7 vom 17. Februar. In die Spitze seines ersten Artikels stellt er einen Satz aus der Fazit einer englischen Mitarbeiter, welcher lautet:

"Die britischen Bergarbeiter hoffen, daß ihre deutschen Kameraden die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden, selbst für den Fall, daß die deutschen nicht imstande sein sollten, die durch den Kampf um den Minimallohn geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen."

Dieser Satz will und kann nur besagen: Im Falle eines Generalstreiks hoffen die englischen Bergarbeiter, daß die deutschen Solidarität über, auch wenn sie die günstige Situation selbst nicht durch einen Kampf ausnutzen können. Diese Solidarität soll in letzterem Falle sich bestätigen durch materielle Unterstützung und strikte Verweigerung von Ueberrichten, damit den englischen Bergarbeiter der Kampf nicht durch die Lieferung deutscher Kohlen nach England erschwert werden kann. Der Satz ist also so klar, daß man eine Missdeutung gar nicht für möglich halten sollte. Trotzdem knüpft der "Bergknappe" daran folgende aberne Bemerkung:

"Aus internationaler Solidarität sollen die deutschen Kameraden unter Umständen sogar darauf verzichten, die für sie so günstige Konjunktur auszunutzen. Also um den Engländern zu rühen, sollen sie sich selbst schädigen."

Legt du nicht aus, so lege unter! Danach handelt hier der "Bergknappe", um die christlichen Bergarbeiter irre zu führen. Der Pfeil deutet kommt denn auch in folgenden Sätzen zum Vortheil:

"Wir Arbeiter im deutschen Bergbau haben mit unseren Arbeitsgebern gemeinsam ein Interesse an einem möglichst großen Absatz und an ausreichend hohen Kohlenpreisen. Im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeiter im deutschen Bergbau läge jetzt ein Streit im englischen Bergbau. Es wäre dann möglich für uns, neue Absatzgebiete zu gewinnen und in Zukunft die bei uns geschaffenen Produktionsmöglichkeiten besser wie bisher auszunutzen."

Der Sinn dieser Ausführungen ist gar nicht zweifelhaft. Er besagt: Es ist für uns vorteilhaft, wenn die englischen Bergarbeiter in den Generalstreik eintreten, dann können wir England mit deutschen Kohlen überschütten und so die englischen Bergarbeiter niederkämpfen.

Gut geblümkt, Löwe! Wie wäre es aber, wenn sich die englischen, überhaupt die ausländischen Bergarbeiter im Falle eines Streiks im deutschen Bergbau auf den gleichen Standpunkt stellen und den Bechenherren gleiche Schergendienste leisten? Hat sich die "überfluge" Zentrums gewerkschaftsleitung auch diese Frage einmal vorgelegt? Würden die deutschen Bergarbeiter dann je Aussicht auf Erfolg haben?

Die Zentrums gewerkschaftsleitung vertreibt hier offen den Standpunkt, daß es nicht höheres gibt, als einem andern Lande die Produktions- und Absatzgebiete abzujagen! Da muß man sich doch fragen: Was haben diese Leute eigentlich auf den internationalen Bergarbeiterkongressen in London und Salzburg gewollt? Warum haben sie in London der Sympathietradition für die russische Revolution zugestimmt? Warum haben sie ihre "christlichen" internationalen Gewerkschaftsverbände? Ist das alles nur Romodie?

Es kann auch nur ein Wahnsinniger daran glauben, daß dadurch den deutschen Bergarbeitern genutzt werden könnte. Dagegen sprechen alle bisherigen Erfahrungen. Auch während der Krise ist die Förderung von 80 182 647 Tonnen im Jahre 1907 auf 86 864 504 Tonnen im Jahre 1910 gestiegen. Das ist eine Steigerung um 6 681 857 Tonnen oder 8,4 Prozent.

Was haben nun die Kaufbergarbeiter von der gewaltigen Produktionssteigerung gehabt? 140 Millionen Mark haben sie an Löhnen eingespart durch direkte Lohnreduzierungen, ungezählt die Verluste, die ihnen durch die vielen Feierlichkeiten entstanden sind. Nur, daß so ermöglicht, liegen die Bechenherren zahlende fremder Arbeiter als Lohnarbeiter aus allen Richtungen der Städte durch Agraria heranschleppen. Die Belegschaftsziffer ist von 1907 bis 1911 gesunken von 303 089 auf 325 136 Mann; das ist eine Steigerung um 42 047 Mann oder 13,9 Prozent. Der Wert der Produktion pro Arbeiter und Schicht stieg von 7,84 Pf. im Jahre 1907 auf 8,53 Pf. im Jahre 1910 oder um 7,5 Pf.; der Durchschnittslohn sank aber in dieser Zeit von 4,87 Pf. auf 4,54 Pf. oder um 7,3 Pf. pro Schicht.

Die riesig gestiegerte Produktion und der Mehrwert ihrer Arbeit hat den Bergarbeitern also keine Vorteile, sondern gewaltige Nachteile gebracht. Dasselbe würde sich aber in noch stärkerem Maße wiederholen, wenn sich die Bergarbeiter dazu hergäben, die wahnsinnigen Pläne der Zentrums gewerkschaftsleitung im Falle eines Streiks in England zu verwirklichen. Das hätte nur zur Folge, daß wiederum zehntausende fremder Arbeiter als Lohnarbeiter herangezerrt würden. Wenn auch wirklich eine vorübergehende kleine Lohnauflösung eintreten würde, der Rückfall könnte nicht ausbleiben; den Bergarbeitern würde dann aber viel mehr genommen, wie zugelegt wurde.

Die Pläne der Bechenherren decken sich übrigens durchaus mit denen der Zentrums gewerkschaftsleitung. Das ergibt sich aus einer Aufführung der "Köln. Volkszeitung" vom 1. Februar 1912, welche besagt:

"Wenn die große Bewegung in England weiter zu einer allgemeinen Ausbreitung führt, so werden dem Kohlenhändel großer Auf-

träge zugeschenken, Aufträge, die den Bechen noch neben dem augenblicklichen guten Geschäftsgang als Zuflussgewinne in den Schuh fallen. Wie verlaufen, rechnen sich einige große Bechen aus der Preissteigerung schon Gewinne von vielen Millionen heraus. Das ist doch ein Zusatz, den man ganz und gar nicht verteilen kann!"

So urteilt das führende Zentrumsorgan, die "Köln. Volkszeitung"! Die Zentrums gewerkschaftsleitung aber besorgt die Geschäfte der Bechenherren!

Wom grobem Interesse sind die folgenden Ausführungen des "Evangelischen Arbeiterboten" vom 15. Februar 1912:

"Man darf annehmen, daß der Bergbauliche Verein alles aufzuzeigen wird, die angekündigten Bechen zu einer Lohnsteigerung zu bewegen; eine große Zahl Betriebe strukturiert sich gegen eine allgemeine Lohnsteigerung. Der wird der Bergbauliche Verein noch ein deutliches Wort reden müssen. Wir teilen in Nr. 5 des "Evgl. Arbeiter-Boten" mit, daß durch die am 1. April eintretende Kohlenpreissteigerung eine Mehreinnahme von 90 Millionen Mark jährlich erzielt wird. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist die Ausbeutung der Bergarbeiter wieder vollaus gerechtfertigt."

Hier wird also zugestanden, daß der Bergbauliche Verein in der Lohnfrage zuständig ist, daß den Bechenherren durch die Kohlenpreissteigerung eine Mehreinnahme von 90 Millionen Mark entsteht und eine Ausbeutung der Bergarbeiter lohnenswert ist.

Die Situation ist also in jeder Beziehung günstig und erfolgsversprechend, und da verlagt die Zentrums gewerkschaftsleitung nur zu dem ausgesprochenen Zweck, um den Bechenherren bei dem voraussichtlichen Streik in England ein Extraeinkommen zu ermöglichen. Das ist kompletter Verrat an den Interessen der Bergarbeiter.

Es ist angebracht, angeglichen dieser Vorgänge an die Ausführungen zu erinnern, die Herr Johann Eßert am 29. Januar 1909 einem Redakteur der "Rheinisch-Westf. Blg." gegenüber gemacht hat. Herr Eßert sagte ("Rhein.-Westf. Blg." vom 20. Januar 1909, Mittagsausgabe):

"Die Richtung (der Unternehmer), die zum Verhandeln mit den Arbeitern geneigt gewesen, wäre unterlegen. — Allgemein herrsche die Überzeugung unter den Bergarbeitern, daß der Kampf, der erbitterte Kampf um Sein oder Nichtsein, kommen werde und kommen müsse."

Herr Eßert war sogar bereit, den Kampf, den erbitterten Kampf, in eine Zeit zu verlegen, in der die politischen Wogen recht hoch gingen, um den Arbeitern Gelegenheit zu geben, ihren Groß auch politisch zu bekunden. Er wies auf die damals bevorstehende, jetzt getätigte Reichstagswahl hin und fuhr fort:

"Der Schlag (gegen die Bechenherren) soll so vollständig geführt werden, daß das gesamte Gewerbe und die ganze Industrie dahingegangen werden. Mit den Arbeiterverbänden, der übrigen Ländern sollen unter der Hand Verhandlungen angeläuft werden, damit sie nicht allein finanzielle Unterstützungen gewähren, sondern auch gegebenenfalls die Ausfuhr von Kohlen nach Deutschland zu verbieten suchen."

So Herr Eßert vor gut zwei Jahren. Einen Weltbrand wollte er entschaffen! Und heute? Mit aller Macht arbeitet die Zentrums gewerkschaftsleitung darauf hin, die Kräfte zu versplittern, ein geschlossenes Handeln der Bergarbeiter unmöglich zu machen.

In dieser traurigen Tatsache ändert das Geldwiesel des "Bergknappen" über die mangelnde Solidarität usw. unserer englischen Kameraden nichts. Die Solidarität der englischen Kameraden hat sich beim großen Bergarbeiterstreik 1905 vorzüglich bewährt, hatten sie doch für die Dauer des Streiks eine wochentliche Unterstützung von 40 000 Pf. bewilligt. Eine solche Solidarität ist im Zentrums gewerkschaftsverein nicht zu Hause; dort hat man 1905 nach dem Grundfaß gehandelt: Nehmen ist ferner denn geben!

Es ist auch völlig unzutreffend, daß die deutschen Bergarbeiter den englischen die Sklavantien aus dem Feuer holen sollen, wie die Zentrums gewerkschaftsleitung überstimmend mit der Bechenpresse behauptet. Nicht um die englischen Bergarbeiter handelt es sich, sondern um die Lebensinteressen der deutschen Bergarbeiter. Man soll das Eisen schmieden, solange es warm ist. Das aber sucht die Zentrums gewerkschaftsleitung zu hinterziehen und bezogt damit nur die Geschäfte der Bechenherren.

Lohneingabe der drei Verbände und Antwort der Bechenbesitzer.

Böchum und Oberhausen, den 6. Februar 1912.

Die ergebnis unterzeichneten Vertreter folgender Bergarbeiterorganisationen: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sitz Böchum, Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter), Sitz Böchum, und Gewerbeverein der Bergarbeiter Hirsch-Dünker, Sitz Oberhausen, gestatten sich, die verehrlichen Vorstände des Bechenverbandes und des Bergbaulichen Vereins zu ersuchen, auf die dieienkörperschaften angehörigen Gruben-

verwaltungen dahin einzutwirken, die Durchschnittslöhne der Bergarbeiter derart zu erhöhen, daß ein Ausgleich für die eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung geschaffen wird. Als Grundlage der vorzunehmenden Lohnaufsetzung bitten wir die im vierten Quartal 1907 gezahlten Durchschnittslöhne zu betrachten; hierzu müßte dann ein Aufschlag treten, durch den die inzwischen eingetretene Steigerungen der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfssortikel ausgeglichen werden. Ferner dahn zu wirken, daß so weit wie möglich ein Ausgleich zwischen den höchsten und niedrigsten Löhnen eintritt.

Wie die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" (Mittagsausgabe vom 2. Februar) mitteilt, ist die Leitung des Bechenverbandes bestrebt, ihren Einfluß auf die Verbandswerke dahin auszuüben, den Arbeitern einen Teil der durch die beschlossene Preissteigerung für die Bergwerksprodukte zu erwartenden Mehr-

einnahmen in Form von Lohnsteigerungen zukommen zu lassen. Aus weiteren, zweifellos aus Werksbesitzerkreisen stammenden Veröffentlichungen in der Presse geht hervor, daß die Ansicht besteht, die Löhne wieder auf ihren Stand vom Jahre 1907 zu bringen.

Die Vorstände der unterzeichneten Organisationen sind der Ansicht, daß dadurch den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter nicht genügend Rechnung getragen würde. Der Bergbau befindet sich gegenwärtig in einer günstigen Konjunktur. Dies liegt aus dem sehr gezielten Absatz und den von der Mehrzahl der Werke erzielten höheren Betriebüberschüssen hervor. Die mit dem 1. April d. J. eintretende Preissteigerung für die Bergbauprodukte wird zweifellos eine weitere bedeutende Erhöhung der Betriebsgewinne zur Folge haben.

Andererseits leiden die Bergarbeiter jetzt aber noch unter den Nachwachen der letzten Wirtschaftskrise. Die Löhne der Hauer standen im dritten Quartal 1911 noch um 55 Pf. niedriger als im vierten Quartal 1907. Wenn wir auch annehmen, daß im Laufe des vierten Quartals 1911 eine weitere Lohnsteigerung eintrete, so ist diese doch bestimmt nicht so groß gewesen, daß der Durchschnitt des Jahres 1907 wieder erreicht worden ist.

Es spricht schon, daß noch im letzten Quartal 1911 zahlreiche Lohnereduzierungen seitens der Grubenverwaltungen vorgenommen wurden. Aber wenn auch zurzeit der Lohnsatz von 1907 wieder erreicht wäre, so befinden sich die Bergarbeiter infolge der verteuerten Lebenshaltung heute doch noch in einer ungünstigeren Lage als damals. Nach den Preisnotierungen des Krupp'schen Konsumvereins in Essen, veröffentlicht in dem Bericht der Handelskammer Essen, war bei 88 der am meisten verkauften Lebensmittel und Bedarfssortikel im Jahre 1910 eine durchschnittliche Preissteigerung von 14 Prozent gegenüber dem Jahre 1907 eingetreten. Inzwischen ist bekanntlich eine weitere bedeutende Steigerung der wichtigsten Lebensmittelpreise erfolgt. Daraus erklärt es sich auch, daß die Zahl der Lohnbeschlagnahmen auf den Ruhrzeichen eine erschreckende Höhe erreichten. Nach einer im November v. J. in der Tagesschau erschienenen, augenscheinlich auf Mitteilungen aus Bechenbesitzerkreisen beruhenden Notiz, entfielen im Ruhrgebiet 1908/09 auf je 1000 Mann Belegschaft 850 Lohnbeschlagnahmen; im Jahre 1909/10 schlossen die Lohnbeschlagnahmen auf 1400 pro 1000 Arbeiter hinauf. Diese Mitteilung kennzeichnet die wirtschaftliche Lage der Bergarbeitermasse als sehr trübselig.

Wie dringend notwendig es ist, eine möglichst einheitliche Regelung der Löhne zu treffen, beweist auch die Tatsache, daß nach uns gewordenen Mitteilungen auf der Beche Alte Haide Ende des Monats Januar durchweg eine Reduzierung der Gedinge vorgenommen wurde.

Wir eruchen daher die verehrlichen Vorstände des Bechenverbandes und des Bergbaulichen Vereins, Schritte zu tun, damit über die vorliegend aufgeföhrten Wünsche eine Verständigung der Werksbesitzervertretung mit den unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen erzielt wird, da eine befriedigende Lösung der Lohnfrage im Interesse aller Beteiligten liegt.

Indem wir einer geneigten entgegenkommenden Antwort entgegenziehen, zeichnen

Mit hochachtungsvollem Glück auf!
Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:

F. Husemann, Böchum.

Für die Polnische Berufsvereinigung (Abteilung Bergarbeiter):
F. Manowski.

Für den Gewerbeverein der Bergarbeiter (Hirsch-Dünker):
F. Schmidt.

Hierauf erfolgte folgende Antwort:

Bechen-Verband: Essen-Vluhr, 13. Februar 1912.
An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, s. o. des Herrn F. Husemann, Böchum.

Auf Ihr an uns und gleichlautend an den Bergbaulichen Verein gerichtetes gesäßiges Schreiben vom 6. d. J. teilen wir Ihnen höchstlich mit, daß wir aus wiederholte dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht zuständig sind.

Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Lohnsteigerung infolge der im Kohlensyndikat zum 1. April d. J. beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im nieder-rheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorstellt. Eine Erhöhung auch der übrigen Löhne ist angesichts der starken Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit zu erwarten, vorangesezt, daß unser Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.

Wir bitten Sie, diese Mitteilung auch den beiden andern unterzeichneten Verbänden zuzustellen.

Glückauf!

Die Geschäftsleitung:
Kandern, Büchgen, Funke.

Durch diese Antwort werden alle Illusionen der Zentrums gewerkschaftsleitung zerstört. Eine geringfügige Erhöhung der Schichtlöhne ist da und dort eingetreten; ob die Schichtlöhne allgemein erhöht werden, steht noch in Frage. Eine Erhöhung der übrigen Löhne wird eintreten, wenn die Stumpfs noch fester wie bisher drauflosen, d. h. noch fester schusten, vorausgesetzt, daß unser Wirtschaftsleben von Störungen verschont bleibt.

In der Lohnfrage will der Bechenverband wieder nicht zuständig sein. Die Bechenorganisationen sind aber zuständig, wenn es gilt, die Bergarbeiterrechte auf allen Gebieten noch weiter zu verschärfen und Kohlenverbraucher und Arbeiter noch mehr auszubauen. Einen anderen Standpunkt werden die Bechenherren aber erst dann einnehmen, wenn sie dazu gezwungen werden. Den günstigen Zeitpunkt hierzu aber verhindert die Zentrums gewerkschaftsleitung durch ihre Gierlänge.

Erklärung der Verbandsvorstände.

Die heute zu einer Sitzung zwecks weiterer Veratung über die zugunsten einer ausreichenden Lohnsteigerung zu unternehmenden Schritte zusammengetretenen Vertreter der drei unterzeichneten Bergarbeiterorganisationen halten sich für verpflichtet, der Öffentlichkeit folgende Auskunft zu geben.

In der Zentrumszeitung "Germania" (Berlin), Nummer vom 11. Februar, erstes Blatt, wird in einem Bericht aus Dortmund mitgeteilt:

Die Lohnbewegung der Bergleute ist in der Vorbereitung, doch ist nach verschiedenen Seiten hin eineklärung nötig, ehe sie sich entscheiden kann. Obgleich die Nachricht von einer bevorstehenden allgemeinen Lohnsteigerung in der "Köln. Zeitung" durch die "zuständige Seite" — worunter man sich nur den Bergbaulichen Verein oder den Bechenverband denken kann, was übrigens praktisch auf dasselbe hinausläuft — dokumentiert worden ist, so schien doch einzelne Bechen zu Lohnsteigerungen bereit zu sein. Die erste Sitzung der Organisationvertreter

einer „Nachwirkung des Reichstagswahlkampfes“ während des Gedankenaustausches haben wir gleichfalls nichts bemerkt. Ob der Gewerkvereinsvorstand, nachdem nun die fragliche Zeitungsnotiz durch die „außändige Stelle“ demontiert wurde, anderer Meinung über die Situation geworden ist, können wir nicht wissen. Die Schlussäuse in dem oben wiedergegebenen Bericht aus der „Germania“, dem wir noch ähnlich lautende aus anderen der Gewerkvereinsleitung hörerreichenden Zeitungen annehmen könnten, deuten allerdings auf eine Meinungsänderung hin. Sollte sie eingetreten sein, so ist es Sache der Gewerkvereinsleitung, daraus die im Interesse der Gesamtarbeiterchaft liegenden Konsequenzen zu ziehen.

Vochum, den 12. Februar 1912.

Für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands:
Friedrich Husemann.

Für die Polnische Bergarbeiterverbindung (Abteilung Bergarbeiter):
Mantowski.

Für den Gewerkverein der Bergarbeiter Hirsch-Dunker:
Franz Schmidt.

Generalstreik in England scheint unvermeidlich.

Hamilton, 18. Februar 1912.
Die Lage im britischen Bergbau hat sich wenig verändert. Die Anfang dieser Woche abgehaltene Konferenz der Bergarbeiterföderation billigte das Verhalten des Gesetzausschusses in der Konferenz mit dem Gesamtunternehmer und sprach dem Vorsitzenden des Kameraden Edwards, für seine feste Haltung in den Verhandlungen mit den Unternehmern ihren Dank aus.

Man hatte gehofft, daß sich der neue Industriekrat, der aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitgeber besteht, in seiner gestern stattgefundenen Sitzung mit dem Streit in der Kohlenindustrie beschäftigen werde. Es verlaufen jedoch, daß er beschlossen hat, sich an diesem Zeitpunkt noch nicht einzumischen. Lebrigens ist schwer zu verstehen, wie diese Herren die Minimallohnfrage, deren Verständnis keine geringen praktischen Erfahrungen voraussetzt, lösen könnten.

Zu Mittwochabend, Nordwales, Nordostengland und Ostschottland haben die Bergarbeiter jetzt auch gefündigt, um am 1. März in den Streik treten zu können. Alle Grubenwerke in Schottland haben ihren Arbeitern auf den 1. März die Arbeit gefündigt. In vielen Gegenden, namentlich in Südwales, sind die Bewohner im Begriff, Lebensmittel und Brennstoffe aufzuspeichern.

Die meisten der Bergarbeiterführer sind jetzt der Ansicht, daß der Generalstreik unvermeidlich ist. Wenn die Verhandlungen stöhn und können nur in Fluss gebracht werden, wenn eine der Parteien ihren Standpunkt aufgibt oder wesentlich verändert. Für die Unterhändler der Arbeitgeber ist dies unmöglich. Aus eigenem Gewissen können sie nichts unternehmen. Der prinzipielle Wechsel von Southport findet sic und um diesen zu modifizieren, bedarf es einer neuen Konferenz und wahrscheinlich auch einer neuen Urabstimmung, die — nebenbei bemerkt — kein anderes Ergebnis zutage fördern würde wie im Januar.

Die Geschichten über Unrechtsigkeit im Lager der Bergarbeiter sind teilweise und werden von der kapitalistischen Presse nur verbreitet, um Verwirrung anzufüllen. In Wirklichkeit waren die Bergarbeiter Großbritanniens nie einfacher als heute und obwohl vielleicht die Mehrheit von ihnen keinen unmittelbaren Vorteil in Gestalt von Lohn erhöhung von der Anerkennung des Minimallohns zu erwarten hat, stehen doch alle fest zu dem gesetzten Beschluß und tun ihr Pflicht. Die deutschen Bergarbeiter sollten sich an ihren britischen Kameraden ein Beispiel nehmen. Hierzulande denkt niemand daran, eine Aktion zu durchkreuzen, die das Interesse der Gesamtheit der Kameraden verbreitet.

J. K.

Aus einem klerikalen Musterlande.

„Nun müssen sie zeigen, was sie leisten können.“ Mit diesen und ähnlichen Worten will die Zentrumsgewerbevereinsprese ihren Leibern eingesetzen, nun die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 110 Mann stark ist, könne sie ihre politischen und sozialpolitischen Forderungen durchsetzen. Ein solcher demagogischer Schwund nennet sich auch noch „politische Aufklärung der christlichen Arbeiterenschaft“.

Das Zentrum hat seit vielen Jahren im Reichstag zugestandenermaßen die Rolle der ausschlaggebenden Partei gespielt. Es konnte eine Mehrheit bilden entweder mit den konservativen oder den liberalen Gruppen, oft auch mit den Sozialdemokraten. Trotzdem hat das Zentrum seine der Arbeiterschaft gegebenen Versprechungen nicht erfüllt. Wenn man es fragt, dann bekommt man die Antwort, das Zentrum sei durch die anderen bürgerlichen Parteien an der Durchführung einer wirklichen Sozialpolitik gehindert worden. Dabei verfügt das Zentrum im letzten Reichstag mit seinen konservativen und antisemitischen Blockalbündnern über die große Stimmenmehrheit. Seht bessieren die Sozialdemokraten nur 110 Stimmen von insgesamt 397 und nun wagen die „Nationalen“ zu behaupten, diese 110 Sozialdemokraten könnten gegen die 287 bürgerlichen Abgeordneten den Gang der Reichsgesetzgebung bestimmen! Wenn es nur wahr wäre.

Wir gestatten uns, die Aufmerksamkeit der von den klerikalen Demagogen mitleiteten Arbeiter auf die Vorgänge in einem Lande zu lenken, dessen Herrschaft seit 1884 in den Händen der klerikalen Geistigen und Politiker der deutschen Zentrumspartei liegt: Belgien. In Belgien besitzt die klerikale Partei die Mehrheit der Parlamentsmitglieder. Darum führen auch in der Landesregierung nur klerikale Parteileute. Also ist die klerikale Partei eine einzige nicht berantwortlich für die die Arbeiterrechte regelnden Gesetze. Wie diese bestimmen sind, das soll uns das führende deutsche Zentrumsblatt, die „Kölner Volkszeitung“, gewiß eine in diesem Falle unverdächtige Beugung erklären.

Das Blatt bringt aus Brüssel einen langen Artikel (Nr. 128 vom 12. Februar 1912) über die Ursachen des nun schon Wochenlang dauernden Bergarbeiterstreiks in Belgien. Einleitend wird in dem Artikel gesagt:

„Die Ursache des Bergarbeiterausstandes im Vorinage liegt wohl tiefer, als die Nachrichten über den augenfälligen Gegenstand des Streites vermuten lassen. Von jener haben die liberalen Beschenkter, welche die Freiheit immer im Munde führen, sich angelegen sein lassen, besonders in jener Gegend, jede Unabhängigkeitbewegung der Arbeit zu unterdrücken und sich einen festen Stamm von Bergleuten mit geringen Löhnen — wie Leibgenossen an die Scholle — an die Scholle zu binden. Das war der Zweck der Werkswohnungen, z. B. in Hornu; das war vorzüglich der Zweck der Wohlfahrtseinrichtungen, welche in jedem Werke Unterstützungen gewähren im Krankheitsfall, und welche unter dem Namen von Caisse de Prévoyance für das ganze West-Hennegau Gebiet seit langer Zeit eine Alters- und Invaliditätsversicherung vorsehen haben. Diese Einrichtung lag ausschließlich in den Händen der Arbeitgeber. Wer nicht sein Leben lang im betreffenden Gebiet und in dessen Bergwerken gearbeitet hatte, der hatte keinen Anspruch auf Pension. Um diese im vorigen Jahrzehnt erlangen zu können, begnügten sich die Arbeiter mit den niedrigen Lohnsätzen. Die Arbeitgeber mussten sich nicht bemühen, Arbeitskräfte anderwoher herbeizuholen; sie rührten sich ihrer Freiheitlosigkeit gegen die gebundenen und enttäuschten Arbeiter, und das Niveau derselben sank immer tiefer; diese erniedrigten und überarbeiteten, seit Generationen an dieselben Gruben gesetzte Bevölkerung des Vorinage gilt als minderwertig gegenüber denjenigen der anderen Bergbaugebiete Belgiens. Wohl hatten die Arbeiter einige Vertreter in der Leitung der Kassen; doch war die Auswahl dieser Mitverwalter derart, daß Bergwerksdirektoren damit prahlten, daß kein einziger Arbeitervertreter jemals in einer Sitzung des Verwaltungsrates ein Wort der Kritik gewagt hätte. Um so eifriger wählt die so gesetzte

Bevölkerung im IJsselland Sozialdemokraten, mit der größten Freiheit von ganz Belgien.“

Dass die „bortigen“ Beschenkter liberal sind, entspricht genau so der Wahrheit, wie wenn jemand von den rheinisch-westfälischen Beschenktern sagt, sie seien liberal. Tatsächlich herrscht in den belgischen Beschenkternkreisen das Industrie- und konservative und das klerikale Element vor. Um aber die Schuld an den haarrüttelnden sozialen Zuständen von der klerikalen Regierung auf die Liberalen abzuwälzen, macht der Leitartikel der „Kölner Volkszeitung“ nach klerikaler Methode die belgischen Beschenker flugs zu „Liberalen“. Dass sie es nicht sind, bestätigt die „Kölner Volkszeitung“, ja selber, indem sie die rücksichtlose Unterdrückungspolitik dieser Herrnmenüschen an den Pranger stellt.

Aber gesezt der Fall, die Beschenkter gönnen sich als „Liberal“ aus, dann war es doch erst recht die Pflicht der nicht-liberalen Regierung, der „liberalen“ Entwicklungswirtschaft ein Ende zu machen. Eine gute Handhabe vor hierzu auch das Altersversicherungsgesetz vom 5. Juni 1911. Dem Parlament und der Regierung sind die standesalten Bergarbeiterzustände längst bekannt. Schon durch die Anträge und Reden der sozialistischen Parlamentsmitglieder, u. a. durch die ausführlichen Darlegungen unseres Kameraden Delitzsch-Marcille, Abgeordneter für Frameries (Vorinage) wurde dem Parlament und der Regierung die Notwendigkeit einer gründlichen Reformgelehrung zur Kenntnis gebracht. Was aber ist geschehen?

Das erzählt uns der Brüsseler Mitarbeiter der „Kölner Volkszeitung“, wie folgt:

„Das neue Gesetz vom 5. Juni 1911 über die Altersversorgung der Bergleute brachte wesentliche materielle Verbesserungen: und wenn man den Schwierigkeiten gebent, mit welchen die Regierung den Industriellen wie gewissen Freunden gegenüber zu kämpfen hatte, so verdient gewiß die Feststellung weitgehende Anerkennung. Doch sieht es die Regierung dabei bleiben, daß die Unterstützungen, welche während einer fast vierzigjährigen Übergangszeit zu gewähren sind, an eine dreißigjährige Arbeit in den Bergwerken gebunden sind (!!!). Die Folge ist, daß die tausende und abtausende Arbeiter, welche nur im Winter in den Gruben ihre Ernährung finden möchten, von jedem Recht an die Unterstützungen ausgeschlossen bleiben: die Arbeitgeber wollen ihre Arbeitskraft das ganze Jahr hindurch zur Verfügung haben, damit dieses gesetzte Arbeitsangebot erhalten wird. Auch haben noch den Statuten der neuerrichteten Kästen, welche vor einigen Wochen durch die Regierung gutgeheissen wurden, die Arbeiter wenig Bewegungsfreiheit: das aktive Wahlrecht ist auf die ständigen Arbeiter beschränkt, welche auch für die Gewerbeberichter ein Wahlrecht haben, d. h. welche weniger als vier Jahre an denselben Orte angestellt sind. Das passive Wahlrecht ist beschränkt auf solche Grubenarbeiter, welche seit weniger als zehn Jahren beschäftigt sind: wer in den Bergwerken zu arbeiten aufhört, verliert Wahlrecht und Mandat. Es ist dies ein brotloses Mittel, um die lässigen Arbeiterselbstkünder und andere unabhängige Leute los zu werden, und die Kästen wie bisher ausschließlich unter der Verantwortung der Arbeitgeber verwalten zu können (!!!).

Nicht nur für die Übergangszuwendungen, auch für die übrigens auch wesentlich verbesserte Altersversicherung des Régime definitif ist die Freiheit der Arbeiter unterbunden. Bisher waren sie meistens frei, unter den gesetzlich anerkannten Altersklassen diejenige selbst zu wählen, welche ihr Vertrauen besaß. Es gibt es katholische, neutrale, liberale und sozialistische Altersklassen, meistens von den Arbeitern selbst verwaltet. Das neue Gesetz aber bürdet dem Arbeitgeber die Pflicht auf, durch den in Bergeln ganz unbeliebten, ja unerträglichen Lohnabzug für die Pensionen der Bergleute zu sorgen, und gibt ihm trotzdem das Recht, zu bestimmen, durch welche Kasse das gesetzliche Ziel erreicht werden soll. Es müßten also vom 1. Januar d. J. ab tausende Bergleute ihre siebengewordenen Altersklassen verlassen und der Bestimmung des Arbeitgebers gehorchen. Wie das im Lande der unbegrenzten Vereinsfreiheit wirkt, läßt sich denken! Diese Gesetzesbestimmung scheint übrigens nach verschiedenen Fleischlern unzweckmäßig versetzungswürdig.

Da beginnen überdies die Arbeitgeber des Vorinage den Fehler, eine Kraftprobe machen zu wollen, um die tiefeingewurzelte Sitte der wohlbekannten Lohnzahlung durch eine piergebündige Sitzung zu zerstören. Das hieße eine kleine Umwälzung in den Betriebsverhältnissen des armen Mannes hervorzubringen, die Hausfrauen und kleinen Händler aufzuregen, sogar die unschuldigsten Ruhetagsbelastigungen an einem Sonntage in Frage zu stellen.

Das verurteilt jetzt einen Aussland, der schon fünf Wochen lang 84 000 Familien betrifft. Alle Einigungsversuche sind bisher gescheitert. Man munkelt, gewisse Arbeitgeber seien froh, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Der Ministerpräsident und Verkehrsminister de Broqueville hat vergebens großmütig vorgeschlagen, auf eine vor Monaten beschlossene Tariferhöhung zu verzichten, welche eine Mehreinnahme von 2 Millionen Mark einbringen sollte. Dieses Angebot ist sogar als eine Schwäche angesehen worden. Man fürchtet, daß der Aussland infolge des Solidaritätsgefühls der Arbeiter sich auf die anderen 120 000 Bergleute erstreckt.“

Hier finden wir vollaus bestätigt, was uns unsere belgischen Kameraden über die arbeiterfeindliche Ausgestaltung des Altersversorgungsgelebtes gezeigt haben. Das Gesetz brachte zwar materielle Vorteile, aber sie sind raffiniert verdeckt mit Gesetzesbestimmungen, die den Bergarbeiter ihre Bewegungsfreiheit nehmen, ihre alten Hilfsklassen zerstören! Ähnliches ist bei der Einführung der liberal-freitümlichen Berggesetze in Preußen-Deutschland vor sich gegangen. Durch sie wurde den Bergleuten das Selbstverwaltungsrecht in den Knappelschaftsklassen genommen, diese selbst zu lohndrückenden Machtmitteln für die Beschenkter umgestaltet. Auch in Belgien ist nun das Arbeiterversorgungsgesetz so gestaltet worden, daß die neue „Versorgung“ ein lohdrückendes Knebelinstitut darstellt. Und die Regierung heißt die für diesen Zweck von den Beschenktern ausgearbeiteten Kassenstatuten gut!

Wie man in Belgien die freien Hilfsklassen der Bergleute erdrückt, so hat der deutsche Reichstag 1911 die Erwürgung unserer freien Hilfsklassen eingeleitet, bei welcher Arbeit die Zentrumspartei die Führung hatte! Wie man in Belgien unabhängige Arbeitervetreter von der Kassenverwaltung ausgeschlossen hat, so erwürgte man 1911 im deutschen Reichstag durch die Reichsversicherungsbundordnung das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen! Auch hierbei hatte die Zentrumspartei die Führung.

Wenn aber die deutsche Zentrumspartei immerhin noch einwenden kann, sie allein sei bei der Ausgestaltung der Versicherungsgesetzgebung nicht maßgebend gewesen, so können die belgischen Parteigenossen des deutschen Zentrums diesen Einwand durchaus nicht erheben. Im belgischen Parlament sind die klerikalen für sich allein Mehrheitspartei, ihre Parteigenossen bilden auch allein die Regierung. Für alle durch das Gesetz vom 5. Juni 1911 ermöglichten Arbeitervölker sind einzige und allein die klerikalen verantwortlich! Sie sind verantwortlich für die standesalten Arbeitervölker in den belgischen Bergwerksbezirken, verantwortlich für die Bergewaltung der Arbeiterbevölkerung, verantwortlich deshalb auch für den jetzigen Bergarbeiterstreik! Nur noch in Belgien sind Männer und Frauen in der Grubentiefe beschäftigt — die Schuld der klerikalen Parlamentsmehrheit und Regierung, die zum Hohn auf alle ihre heuchlerischen Deklamationen über den „christlichen Staat“ die skandalöse Ausbeutung der schwächeren weiblichen Personen geschehen läßt.

Was also der Brüsseler Mitarbeiter der „Kölner Volkszeitung“ über die eigentlichen Ursachen des Bergarbeiterkampfes im Vorinage enthüllt, das sind faktisch die Ohrfeigen in das Gesicht der in Belgien herrschenden Parteifreunde des deutschen Zentrums!

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Reichsstat für 1912.

Der Stat für das mit dem 1. April beginnende Haushaltsjahr 1912/13 schließt in seinen Endsummen im ordentlichen Stat mit 2 875 007 622 Mark an fortlaufenden und 400 829 808 Mk. an einmaligen Ausgaben und mit 2 844 890 480 Mk. an Einnahmen. Dazu kommt dann noch der außerordentliche Stat, der an Einnahmen und Ausgaben mit 181 478 100 Mk. schließt. Die gesamten Ausgaben und Einnahmen deuten sich sonach mit einer Summe von 2 819 893 520 Mk. Zur Bezeichnung einmaliger ordentlicher Ausgaben werden auf dem Wege des Kreises 48 768 872 Mk. häufig genutzt.

Von den Einnahmen seien folgende Positionen hervorgehoben:

	Mk.
Bölle, indirekte Steuern und Gebühren	1 581 740 400
Matrikelbeiträge und Fleischpost	1 016 840 720
Wechseldreher	11 788 000
Kreisfeuerwehren	188 780 000
Reichsamt des Innern	21 856 485

Der Rest der Einnahmen verteilt sich auf eine ganze Reihe von Kapiteln; es erhebt ohne weiteres, daß das Reich den Hauptteil seiner Einnahmen aus Böllen und indirekten Steuern giebt.

Die Ausgaben sind so gleichermaßen auf allen Gebieten gestiegen, am meiste natürlich wieder bei der Heeresverwaltung.

Die fortlaufenden Ausgabeposten sehen sich wie folgt zusammen:

	Mk.
Reichstag	211 250 977
Reichsanzler	814 470
Auswärtiges Amt	18 721 447
Reichsamt des Innern	98 510 121
Reichsheer	889 788 288
Reichsmilitärgericht	581 817
Marine	177 927 651
Reichsjustizverwaltung	2 850 180
Reichskriegsamt	88 345 703
Kolonialamt	2 801 110
Reichschild	247 885 055
Pensionsfonds	148 411 248
Reichspost	867 884 679
Reichseisenbahnen	109 686 980

Der Rest verteilt sich auf eine Reihe anderer, wenig bedeutender Positionen. Von den einmaligen Ausgaben bedienen Erwähnung:

	Mk.
Reichsamt des Innern	44 189 660
Reichsheer	88 980 757
Marine	169 788 685
Kolonialamt	22 640 750

Aus den Ausgaben im außerordentlichen Stat fallen noch auf:

||
||
||

5. Bergis nicht, die freiwillig gelebten Menschen zu entziehen, das heißt, auf sie mit Kante das Datum der Einlieferung zu legen, weil sie sonst rechtsschützend sind.

6. Überprüfung der Jahresabschöpfung aus Lohnvertrag die Grenze. Bei der die Abwandsicherung ausübt, oder macht du dich selbstständig, so geht die Verpflichtung ja freiwillig fort; dazu sind ja nur alle zwei Jahre 20 Marken a. 10 Pf. erforderlich.

7. Nach die über jede Krankheitszeit die vorschriftsmäßige Versicherung ausstellen und habe diese jüngstlich auf, wenn dir jede volle Woche wie eine 24 Pf. Warte angeordnet wird.

8. Seht die deine Mittlerzeit unter Vorlegung keines Passes von der Wehrkraft für das Versicherungswesen in der Aussichtsstelle bestimmen, weil die beauftragte Mittlerzeit dem Selbstverständlichkeit vorbeugt und jede volle Woche wie eine 24 Pf. Warte angeordnet wird.

9. Gebet sich verdeckende Männer bleibe eingedient, doch es für sie ein Gehalt der Geldberatung ist, ihre Verpflichtung freiwillig fortzuführen, weil sie für ihre Person sonst keinen Anspruch auf Rente, Geldberatung und Wohlengelst erheben kann.

10. Halte deine Versicherung allein schon aus dem einen Grunde aufrecht, weil die Versicherungsanstalten Heilstätten für Lungentranke, Rheumatische, Verentranke, Blutarme, Blutschlägige, Erholungsbedürftige unterhalten, in welchen jeder Verleidete, bei dem Anfluss auf Wiederherstellung besteht, vollkommen kostenlos und bis zur Dauer von 10 Wochen Aufnahme findet.

11. In allen Dingen, wo du über etwas im Zweifel bist, wende dich an den Arbeitsermittlertat in deinem Wohnort.

Welcher Grad von Krankheit ist erforderlich, um Anspruch auf Invalidenrente zu haben?

Nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes, das am 31. Dezember 1911 in Kraft getreten ist, mußte die Geschäftsfähigkeit auf weniger als ein Drittel herabgesetzt sein, ehe man in den Genuss der Invalidenrente kommen konnte. Die Reichsversicherungsbörse, die mit dem 1. Januar 1912 an die Stelle des Z.G.C. trat, hat an dem bisherigen Zustand nichts geändert. Die Anträge der Sozialdemokraten, Invalidenrente schon dann zu gewähren, wenn die Erwerbsfähigkeit um die Hälfte verloren gegangen ist, wurden von den "arbeitsfreudlichen" Bürgerlichen Parteien, den einzigen reaktionären Massen, abgelehnt. Von den offenen Arbeitseifernden, den Rechten mit kaltem Herzen, von den verfeindeten Arbeitseifernden der Mitte und der Linken mit "hitzenem Herzen". Für so etwas war, wie immer, kein Geld da.

Wie nötig aber die Annahme der sozialdemokratischen Anträge gewesen wäre, das lehrte die tägliche Erfahrung. Wenn man daran zu erinnern wagt, daß man im Volle der Meinung sei, man müsse „mehr tot als lebendig“ sein, um Invalidenrente zu erhalten, dann wird das von den Vorständen der Landes-Versicherungsanstalten gewaltsam übernommen und als „Scherz“ hingestellt. Und doch ist es eine Tatsache, daß die Meinungen über das eine Drittel Erwerbsfähigkeit, das nicht mehr erreicht werden darf, oft weit auseinander liegen, und daß die Vergleiche trotz unzweckhafter schärferer Krankheiten, läppischer Schäden, Altersbeschwerden, ungünstiger Lage des Arbeitsmarktes und dergleichen oft nicht anstrengen, daß die Erwerbsfähigkeit unter ein Drittel gesunken ist. Infolgedessen sind die Fälle gar nicht selten, in denen die „Erwerbsfähigkeit“ nicht einmal ein Viertel beträgt, ehe es zur Bewilligung der Invalidenrente kommt. Dafür möge folgender Fall wieder Bezugnis ablegen:

Die berütigte Frau B. aus einem Dorfe des Oberlandes von Reckj. L. litt an rheumatischen und anderen Schmerzen, für die sie einen Fall verantwortlich machte, den sie im Jahre 1896 erlitten hatte. Da sie sich damals schon in vorgefährtem Alter befand, nach sie schwere Arbeiten; sie wurde seitdem als Kind beschäftigt. Im Sommer 1908 beantragte sie, nahezu 58 Jahre alt, Invalidenrente; der Antrag wurde aber, obwohl ihr die untere Verwaltungsbefehle befürwortete, abgelehnt. Von der medizinischen Frauenlinie in Jena wurde sie damals bereits als allgemein schwächlich bezeichnet. Im Dezember 1908 beantragte die Frau — nun mehr 60 Jahre alt — erneut die Invalidenrente. Sie begründete den Antrag mit rheumatischen Schmerzen, Neigung zu Ohnmachten und Unterleibsschaden, was ihr aber, weil er immer noch ausköhlte, erschien. Sie wiederholte den Antrag im November 1909 im Alter von 61 Jahren.

Die Thüringische Landesversicherungsanstalt in Weimar lehnte die Gewährung von Rente wiederum ab, weil die Frau „durch Verrichtung leichterer Arbeiten in der Haus- und Landwirtschaft oder in anderen Berufen“ das gesetzliche Drittel noch sollte verdienen können. Dieses Drittel — die Erfache kennzeichnet den Tieftand der deutschen Sozialpolitik im Vereine der Invalidenversicherung — war freilich äußerst niedrig: 110 Mark jährlich unter Zugrundeziehung von 300 Arbeitstagen täglich knapp 40 Pf.

Das Arbeitsermittlertat in Gera (Neuk) legte für die alte Frau Berufung ein, und das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Gera ließ von einem Arzte, nachdem dieser die Frau untersucht hatte, ein Gutachten erstatzen. In diesem Gutachten wurde festgestellt oder gezeigt: 1. Infolge leichten chronischen Augenkatarrax etwas heruntergesetzte Sicht; 2. Brüchenlage (Leistenbruch); 3. Bettnahen (Blasenleiden); 4. Gebärmuttervorfall; 5. die Kräfte der Frau sind durch die Jahre entschieden stark herabgesetzt; 6. mäßiger Ernährungszustand; 7. schwache Muskulatur; 8. akuter Magenkathar; 9. zum Bescheiden viel Mühe oder zu jeglicher schweren landwirtschaftlichen Arbeiten nicht mehr geeignet, z. B. nicht zum Dungsoden, nicht zum Tragen von Kartoffelsoden, nicht zu dauernden Kartoffelsoden, weil sie sich nicht bücken kann.

Aber dann heißt es weiter, wie zum Hohne:

„Es ist mir nicht zweifelhaft, daß Frau B. wenn es ihr gelinge, eine für sie passende Arbeitsgelegenheit zu finden, im Haushalt oder auch bei leichteren landwirtschaftlichen Arbeiten, noch so viel verdienen könnte, daß der verdienstvolle Lohn über ein Drittel des ortsüblichen Lohnes aussteht würde.“

Bei passender Arbeitsgelegenheit steht ich nicht nicht an, Ihnen täglich verdient auf 50 bis 80 Pf. zu schaffen.“

Da liegt eben der Grund begraben. Wie haben vorher in demselben ergänzten Gutachten gelesen, daß die Frau so gut wie zu allen Arbeiten untauglich war. Es ist einleuchtend, daß sie zu dem wenigen, das sie allemal noch leisten kann, niemand mehr angenommen und ihr gar 50 bis 80 Pf. Tagelohn gezahlt hätte. Und nun sieht das Schiedsgericht, das die Berufung zu rücksieht — St. 10/10. B. —, nach einem solumatischen Triumph davon, indem es in den Entscheidungsgründen wie folgt sagt:

Eine andere Frage ist, ob die Flügerin auch entsprechend leichter Arbeitsgelegenheit findet. Das liegt in.... ihrem Wohnort — (20 Minuten) schwer fassen wird, kaum ohne weiteres aufgeklärt werden. Jedenfalls genügt der Mangel an passabler Arbeitsgelegenheit im Wohnort nicht zur Erstattung der Invalidität, denn es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Flügerin ins Land.... dort jetzt in der Nähe eine rechte Beschäftigung findet.“

Was nun für der Berücksicht der Arbeit zu tun gehabt haben, als es das oben Ausführte hätte? Nach dem in der Nähe des Wohnortes der Frau gelegenen Ort hat ein gebundener Mensch eine halbe Stunde und eine Stunde auf teils entlegenden, teils abfallendem Wege zu gehen. Und solchen Weg soll eine 61 Jahre alte, ehemals Landflügerin zurücklegen, vielleicht zweimal täglich? Da kann man nur den Kopf schütteln. Über sollte die alte Frau, falls sie wirklich Beschäftigung gefunden hätte, was über vollenommen ausgezögten von ihrem Wohnort in dem Orte der Beschäftigung nehmen? Wie könnte sich das mit dem vielgezüchteten deutschen Familieneben vertragen, das doch erhalten bleiben soll?

Das Reichsversicherungswes ist am 22. April 1911 die Resolution erlassen (Ma. 572940/3).

Das beruht erkennt die alte Frau so schwer, daß sie bettlig wird. Das Bett verläßt sie erst, um in die Erde gelegt zu werden. Nun ruht sie aus dem Kampfe mit der Sozialreform um ein bisschen Ruhe. Wer nicht verzagt, die Invalidenrente erhält sie doch

noch — lange Zeit vor ihrem Ende. Bis dahin hatte sie vergeblich um die Rente gekämpft und ihren sterben Körper völlig aufgerieben; sowieso mußte es kommen. Es ist also höchstens wahre- und keine Geister, daß die alte, kalte Frau, als sie die Rente schließlich erhielt, schon mit einem Fuge im Grabe stand. O Medizin! O Sozialpolitik!

Zunahme der Unfälle, Abnahme der Renten.

Die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften zeigen, daß die Zahl der Unfälle immer mehr zu, die der entschädigten Unfälle aber abnimmt.immer mehr geht man dazu über, die kleinen Renten bis zu 20 Prozent von Juntern und Bentheimer Schwestern — Renten genannt — gang zu bestreiten. Nach der Zusammenstellung aus den Ergebnissen aller Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und Ausführungsbehörden betrug die Zahl

	1909	1910
aller Unfälle	684 247	672 961
der entzündigungspflichtigen Unfälle	189 070	182 084
der unzureichend, völliger Gewerbs-		
unfähigkeit	1 118	1 072
der Unfälle mit tödlichem Ausgang	8 883	8 857

Die Zahl der Unfälle immer mehr zu, die der entzündeten Unfälle aber abnimmt. immer mehr geht man dazu über, die kleinen Renten bis zu 20 Prozent von Juntern und Bentheimer Schwestern — Renten genannt — gang zu bestreiten. Nach der Zusammenstellung aus den Ergebnissen aller Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und Ausführungsbehörden betrug die Zahl

	1909	1910
aller Unfälle	684 247	672 961
der entzündigungspflichtigen Unfälle	189 070	182 084
der unzureichend, völliger Gewerbs-		
unfähigkeit	1 118	1 072
der Unfälle mit tödlichem Ausgang	8 883	8 857

Die Zahl der Unfälle gegen das Vorjahr um 5714, trocken sind 6808 Renten weniger verlaufen worden. Die Zahl der tödlichen Unfälle ging um 500 zurück. Das ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß im Bergbau 1910 größere Massenunfälle nicht vorgekommen sind, und dabei die tödlichen Unfälle zurückgegangen sind.

Die Zahl der durchschnittlich versicherten Personen der Unfallversicherten und der bemitleideten Renten betrug in den 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften:

Berufs- genossen- schaft	Unfall- berichte	Ne- ber- haupt	Unfall- verluste	Rente berichte	Rente verluste	Rente pro 1000 Renter	Rente pro 100 Unfall-
1899	8 688 671	298 918	49 175	44,89	10,45		
1904	7 849 120	892 658	65 205	50,08	16,80		
1907	9 018 867	465 224	75 870	51,59	16,20		
1910	9 891 878	484 097	99 811	51,80	14,84		

Auch hier zeigt sich der starke Rückgang der Renten bei steigenden Unfallzahlen. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den 14 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, wie die nachstehenden Angaben beweisen:

	1899	1904	1907	1910
Zahl der Unfallverletzten	107 881	148 808	141 975	181 671
Bemitleidete Renten überhaupt	51 287	66 008	62 678	66 528
pro 100 Unfälle	57,55	46,10	44,14	42,92

Obwohl bis Unfälle sich vermindert haben, ist die Zahl der entzündungspflichtigen Unfälle auch prozentual noch stärker zurückgegangen, ein Beweis, daß es den Verleidern immer schwerer gemacht wird, eine Entzündung zu erlangen. immer härter tritt aber auch das Verstreben hervor, nur vorübergehende Erwerbsminderung anzuerkennen, um nach einer Zeit mit dem Eintritt der „Gewöhnung“ die Rente zu entziehen. So wurden als Folgen der entzündungspflichtigen Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften festgestellt:

Zob	Dauernde Erwerbs-		Vorübergehende unfähigkeit
	vollige	teilweise	
1899	4772	551	28 887
1904	4976	603	28 888
1907	6079	517	30 280
1910	6292	453	28 800

Die Zahl der Renten für dauernd volle Erwerbsunfähigkeit ist schon 1910 gegen 1899 um 128 gesunken, die für dauernde, teilweise Erwerbsunfähigkeit gleich geblieben, während die Zahl der nur vorübergehend Erwerbsunfähigen um fast 20 000 gestiegen ist. Fast bei gleichen Ergebnissen wie die gewerblichen, zeigen auch die 14 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, wie folgende Zahlen beweisen:

Zob	Dauernde Erwerbs-		Vorübergehende unfähigkeit
	vollige	teilweise	
1899	2808	440	25 818
1904	2948	608	81 428
1907	2848	507	27 049
1910	2788	4	

Plus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Die Behandlung der Landarbeiter.

Wie die Junker und ihre Mägde die Arbeiter heute noch zu behandeln wagen, hat längst eine Verhandlung vor dem Schössengericht in Naumburg (Westfalen) gezeigt. Seltens kommen sie derartige Fälle aus Tagessicht, weil in solchen kleinen Landstädten die Arbeiter, preis keine Vertreter hat, die Bürgerliche aber nur zu gern das berichten "berichtet". Im vorliegenden Falle handelt es sich um einen polnischen Landarbeiter, ein polnischer Rechtsanwalt, jedenfalls für die Veröffentlichung Sorge getragen hat, um die "Gesamtbewerkschaft der Salzstollen zu lenigen". Die "Rheinische Volkszeitung" berichtete am 12. Februar:

Der Gutsbesitzer Bleiste beschimpft den Landarbeiter Ignaz Kutz, auf polnischen Rausch und Spülküken, und der Brennermeister Schonkun ergänzte diese Spülthei durch polnisches Schwein- und polnischer Hund. Darüber hinaus verfügte beide. Der Vertreter des K. Reichslandes Weißfisch aus Graudenz, führte aus, daß derartige Beschimpfungen polnischer Arbeiter durch deutsche Arbeitgeber täglich vorkommen. Nur während der Wahlen ändere sich das Bild; da habe sich sogar der Landrat v. Halem in Schöppen dazu herbeigeflossen, daß er in seiner Ansprache den Polen als "Bruder" bezeichnete. Für gewöhnlich sei der polnische Arbeiter für deutsche Arbeitgeber das "polnische Schwein" oder der "polnische Hund". Beide Krautchen könne es aber seien, weil der polnische Arbeiter materielle Nachteile und Schikanen seitens seines deutschen Arbeitgebers befürchte. Er (der Vertreter des Klägers) habe die Verteidigung des Polnischen Arbeitergebers gehörig an den Pranger zu stellen. Der Kaiser habe in Wesen erklärt, daß Deutschland Kultur begleidet; solche Kulturräger aber, wie die beiden Verklagten, habe der Kaiser zweifellos nicht gemeint, denn sie liegen jede Kultur des Herzogs und des Gemüts vermissen. Er verlangte für die beiden Verklagten eine empfindliche Strafe, damit ihnen zum Bewußtsein gebracht werde, daß die Ehre eines polnischen Arbeiters auch etwas wert sei. Den polnischen Arbeiter müsse aber noch darum besondere Schon werden, weil er der wirtschaftlich Schwächere sei. Das Gericht verurteilte Bleiste zu 80, Schonkun zu 75 Mt. Geldstrafe. Der Geschäftsvorsteher hob in der Begründung hervor, der polnische Arbeiter habe auf den Schichtfeldern genau ebenso sein Blut vergossen, wie der Deutsche, und als der wirtschaftlich Schwächere verdiene er besonderen Schon.

Es ist höchstfreudlich, daß die Arbeiter anfangen, sich gegen die Rüpelchen ihrer Vorgesetzten zur Wehr zu setzen. Es müßte nur öfter geschehen, dann würden die schimpfenden Männer vom Dresdner Siegel schon manierlicher werden. Einmal kann man ja jetzt nach dem Heldentum des Kunterni zugute halten; sie sind von den Sozialdemokraten und den Liberalen gleichermaßen abgeschaut worden. Besonders in Westpreußen hat die Sozialdemokratie unter den Landarbeitern große Stimmenzunahme zu verzeichnen. Das macht die Herrschäften nervös und suchen sie durch umso größere Großheit das rote Blut wieder auszutreiben. Solche Wehrmacht wirkt aber geradezu ungemein.

Internationale Rundschau.

Die österreichische Gewerkschaftsbewegung

Ist durch die von einigen tschecho-slawischen Nationalisten betriebene Separatierung der Kräfte (Separatismus) seit einigen Jahren schwer genähmt worden. Der tschechische Arbeiterschaft zu führen, schlägt der Separatismus vor, und ihr bereitet er den allergrößten Schaden, da er ihr Staatssubjekt durch nationalistische Täuschung und Beleidigung trübt und ihr überdies die jetzt noch notwendigeren Kämpfe um Lohnhöhung erschwert. Dazu kommt noch ein Unstand, den der Separatismus geschaffen hat: die Ungewissheit der Zentralverbände über die Organisationsbreite der tschechischen Mitgliedschaft. Das ist dann eine neuerliche Erhöhung des Klassenantipes.

Nun liegt der Reichenhaftsbericht der Gewerkschaftskommission Österreichs für das Jahr 1911 vor und er erhebt durch selinen erfreulichen Inhalt verblaßende Bedenken. Das Jahr 1911 war die Zeit der schärfsten Angriffe auf die Zentralgewerkschaften, und zwar auf ihrem Sitz, in Wien. Das Jahr 1911 war der Höhepunkt der separatischen Künste. Und der Erfolg? Eine erreuliche Zunahme an Mitgliedern und eine außerordentliche Stärkung der Finanzen der Zentralverbände, so daß der Bericht frohen Rutes, die Gewerkschaften, die heute über 12 Millionen Kronen Vermögen verfügen und über 20 000 Mitglieder zählen, zur reichsten weiteren Stärkung ihrer Freundschaft und Festigung ihrer Mitgliedschaft aufrufen kann, damit sie das Jahr 1912 mit dem so dringend notwendigen Siege abschließen können.

23. Jahresversammlung des amerikanischen Bergarbeiterbundes.

Die Jahresversammlung, über deren Verlauf das uns leider mit großer Verzögerung zugegangene "Miners Journal" noch nicht abschließend berichtet, wurde am 18. Januar in Indianapolis eröffnet. Sie dauerte fast zwei Wochen. Anwesend waren an 1300 Delegierte (!); ob alle mit Stimme, geht aus dem Bericht nicht hervor. Zur feierlichen Begrüßungsrede folgte die Begrüßung des Berichts von Indianapolis u. a., es sei die Pflicht des Arbeiters, sich eine starke, geschlossene Organisation zum Schutz ihrer Interessen zu schaffen (Ein deutscher Bürgermeister würde für solche Worte „wegen Förderung des Umsurges“ seines Amtes entlassen.) Auch einige Geistliche verschiedener Bekennisse begrüßten die Delegierten. Die geistlichen Redner sprachen sich dahin aus: „Die Kirche sollte ein größeres Interesse an der Befreiung der Massen nehmen und sollte folgen den Fußstapfen des milden und barmherigen Nazarens, welcher diente den Armen und Gepeinigten!“ (Wenn Geistliche in Deutschland diese wehrhaft christliche Mahnung an die „Kirche“ richten, dann kommen sie auf die Schwarze Liste.)

Die Kameraden Young und McC. Nixon waren als Abgesandte des „Westlichen Bergbundes der Bergleute“ erschienen. Dieser hat nun zwischen 40–50 000 Mitglieder. Beide Kameraden sprachen die Hoffnung aus, daß beide amerikanischen Bergarbeiterverbände als „eine große Organisation“ vereinigt zu seien. Präsident White erklärte, auch er wünsche dies.

Der erste Präsident des Bergarbeiterbundes, Kommerad John W. White, legte den Delegierten seinen Jahresbericht gedruckt vor. Er wird darin vor allem der bedeutendsten Streits im abgelaufenen Geschäftsjahr gedacht; so hat ein Streit wegen Feststellung eines neuen Lohntariffs für die mit der maschinellen Gewinnung und Förderung der Koblenz beschäftigten Arbeiter im Bezirk Tuscarawas (Ohio) vom Juni 1910 bis März 1911 gedauert. Er wurde durch Anerkennung eines besseren Lohntariffs beendet. Ein wegen Unterfeindung der Organisation im Tyrion Field geführter Streit dauerte vom 8. März 1910 bis 27. Juni 1911. Bedeutende Arbeitseinstellungen fanden noch statt im Verbandsbezirk 18 (West-Canada), im nördlichen Colorado und im Bezirk Spring Hill (Neu-Schottland), alle wegen Lohnstreitigkeiten. Die Kämpfe haben große Ausgaben erfordert und es war manchen Delegirten schwer, den ausgegrüfferten Extrabettreg zu leisten, weil es dort in der Arbeit so schlecht ging, daß pro Woche nur drei Tage gefordert wurden. Es hat deswegen auch nicht an Protesten gegen die Extrabettreg gefehlt (hinsüber der Hauptstädter, Kommerad Petty, besonders berichtete); andererseits strömten sich die Streitenden, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor ein voller Erfolg erzielt worden sei. So befindet sich die Verbandsleitung oft zwischen zwei Feuern, da sie es nicht allen Distrikten stets recht machen können.

Präsident White teilt ferner in seinem Bericht mit, die Verwendung von Gewinnungsmaschinen im Bergbau mache große Fortschritte. 1910 seien 13 254 Maschinen im Gebrauch gewesen, die 174 012 203 Tonnen oder 41,7 Prozent der gesamten Stoffförderung herangekommen. Auf jede Maschine entfielen 13 129 Tonnen Jahresleistung! Die Erringen des Bergarbeiter würde auch dadurch erscheinen. Mit dem Westlichen Bergbund der Bergleute (meistens Erzbergleute) bestehe ein gutes Verhältnis, das hoffentlich zu einem einzigen Zusammenschluß der beiden amerikanischen Bergarbeiterverbände führen würde. 1909 habe die Jahresversammlung die Beteiligung an dem internationalen Bergarbeiterkongress abgelehnt. Er (White) sei der Meinung, daß dieser Beschuß ein großer Fehler gewesen sei und er werde empfehlen, den nächsten internationalen Bergarbeiterkongress wieder zu beschließen! — Augenscheinlich sei die Zeit in amerikanischen Städten,

bergbau wenig gefüllt, weil man vor der Gewerkschaft der laufenden Tarifverträge hände, wobei natürlich den getätigten Arbeitserfordernissen Bedingung getragen werden müsse. Ob die Werkbesitzer dazu bereit seien, werde sich in der im Anschluß an diese Jahresversammlung stattfindenden Konferenz der Werkbesitzer- und Arbeiterverbandsvertreter herausstellen.

Vizepräsident Kommerad Hayes, ergänzte den Bericht White mit Ausführungen über die Aufgaben der Agitation. Allein in Virginia, Maryland, Kentucky, Tennessee und Alabama gebe es circa 150 000 meistens unorganisierte Bergleute. Sie ruinierten sich ihre Arbeitsverhältnisse und schädigten auch die Kameraden in den anderen Staaten. Hier müsse sehr eingesetzt werden.

Der Hauptstädter, Kommerad Edwin Petty, gab den Rassenbericht. Rassist sei er nicht, weil die staatlichen großen Kämpfe hohe Anforderungen an die Hauptstadt stellten. Im April 1911 sei ein Kostenbestand von 107 000,86 Dollar vorhanden gewesen. Zur selben Zeit hätten 17 000 Verbandsmitglieder gestreikt, zu deren Unterstützung wöchentlich etwa 40 000 Dollar nötig waren. Die Distriktkassen und die Lokalkassen bestreiten ihre regulären Verwaltungskosten, Ausgaben für ihre besonderen Unterstützungsstiftungen selber, müssen aber pro Mitglied und Quartal eine bestimmte Taxe an die Hauptkasse abführen, wovon die Verwaltungskosten der Zentrale und für die Bezirke die Kreisunterstützungen bestritten werden. Für letzten Stand kann die Hauptkasse noch Extrabettreg erheben. Petty verlängte den unregelmäßigen Eingang der Extrabettreg. Es sind solche bei der Hauptkasse mit 1 408 079,88 Dollar eingegangen. Dazu kommen die Hauptposten 789 157,72 Dollars Quartalsbeiträge von den Distrikten. Mit Zinsen, Zeitungssubscriptions, Rückzahlungen, beläuft sich die Gesamtentnahme auf 2 222 754,00 Dollar (Dollar gleich 4,25 Mt.). Ausgegeben wurden 2 186 881,18 Dollar, darunter 215 158,85 Dollar für Gehälter, Delegationskosten, Konferenzen usw., rund 25 400 Dollar für die (nicht obligatorisch eingeführte) Verbandsleitung, über 1 700 000 Dollar Unterstützung an Streitende. Unter Einbeziehung des früheren Kassenbestandes verblieb der Hauptkasse am 1. Dezember 1911 ein Haushaltsergebnis von 197 210,70 Dollar.

Kommerad Petty erklärt in seinem Bericht, wie vor ihm White, nicht weniger Totalitions (Vahlstellen) besaßen mehr Mitglieder als die eingelaufenen Quartalsbeiträge auswiesen. Das müsse Ordnung geschaffen werden. Bei der Aufstellung der (nachfolgenden) Mitglieder-tabelle habe die Hauptverwaltung in der ersten Reihe nur die Durchschnittszahlen solcher Mitgliederbestände angeführt, für die die vol-

lenke Wohnabslüsse und einheitliches Gewicht der zu bezahlenden Ränder verlangt. In den letzten Tagen beschäftigte sich die Jahresversammlung mit den Forderungen, die den Werkbesitzervertretern aus der Neuverordnung des Tarifvertrags vorgetragen werden sollen, u. a.: 10 Cent Abstandshausfall für die Bergarbeiter, 10 Prozent Erhöhung der Schätzlohn. Die Werkbesitzer ließen der Jahresversammlung mitteilen, daß sie bereit seien, mit den Arbeitervertretern über ihre Forderungen zu verhandeln. (Und in Deutschland?) Über das Ergebnis der Verhandlungen liegt uns kein absliegender Bericht vor. Bei der Neuwahl der Verbandsleitung wurden die Kameraden White als erster, Hayes als zweiter Präsident, Petty als Hauptstädter wieder gewählt.

Gewerkschaftliches.

Ein Wohltäter der Menschheit gestorben.

Im 85. Lebensjahr starb am 11. Februar in London der große Chirurg Josef Vister. Er erstand vor bald 50 Jahren die antiseptische (faulnisverhindrende) Wunde behandlung. Angeregt durch die Untersuchungen des gleichfalls weltberühmt gewordenen französischen Forschers Pasteur über die Ursachen der Faulnis und Gährungsprozesse, entdeckte Vister in der Verwendung von Karbol und mit Karbol getränkten Verbandsstoffen ein das vielfach tödlich verlaufende Wundfeuer verhinderndes Mittel, dem seitdem — inzwischen noch großartig verbessert — Millionen von verwundeten Menschen die Erhaltung ihres Lebens verdanken. Früher konnte auch die größte chirurgische Kunst den Verletzten oder Operierten keine Heilung verschaffen, wenn sich Wundfeuer einstellte, welches vielfach tödliche Verletzung zur Folge hatte. Durch die Entdeckung Josef Visters ist die moderne Chirurgie in den Stand gesetzt worden, einmal für unmöglich gehaltene Operationen am menschlichen Körper zu vollziehen, ohne daß der Operierte Gefahr läuft, dem Wundfeuer zu erliegen. Die antiseptische Wundbehandlung ist insbesondere für viele verlebte Verletzte der Lebensretter geworden. Sie hat mit verhindert, daß die ohnehin schon große Zahl unserer tödlich verunglückten Kameraden nicht noch viel größer geworden ist. Darum gerden wir auch an dieser Stelle in Dankbarkeit des nun dahingegangenen großen Wohltäters Josef Vister. Sein Name wird in dem Gedächtnis der Menschheit fortleben als einer der wirklich Großen.

Misstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Bede Constantin, Schacht I und II. Mit Bezug auf § 11 des Reichspolizeigesetzes ersuchen wir Sie, den in Nr. 4 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 27. Januar d. J., Seite 5, unter der Bezeichnung „Bede Constantin, Schacht I und II“ erschienenen Artikel wie folgt richtig zu stellen: Es ist nicht richtig, daß auf Schacht I und II der Bede Constantin der Große während der Seefahrt an dem Platze, wo die Belegschaft sich aufzuhalten hat, gefahren wird. Es ist ebenso unrichtig, daß im Revier B im Querriegel von Alba Präsident I bis Blöz Wilhelm die Schlepper bis an die Knöchel im Wasser waten müssen. Hochachtungsvoll! Gewerkschaft ver. Constantin der Große. Wieper.

Bede Ewald Wieper. Die Verwaltung hat eine neue Arbeitsordnung herausgegeben, damit die Kumpels wissen, was alles zur Ordnung gehört. Es wäre notwendig gewesen, daß in der Arbeitsordnung nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Beamten und der Verwaltung selbst Verhaltensmaßregeln gegeben werden wären, denn da ist manchmal nicht ordentlich. So steht im Revier II ein Stapel, der ist schon lange Zeit nah und schmutzig. Es sieht sich doch gewiß machen, durch Raufübung das Wasser abzuleiten. Dann müssen Reparaturhäuser im Querriegel arbeiten, während die Gleise im Betrieb ist. Ein Unglüd kann da leicht passieren. Auch das pünktliche und regelmäßige Schmieren der Wagen gehört zur Ordnung und liegt noch dazu im Interesse der Bede. Lieber die Häuser der Belegsolonien sind auch ein paar Worte zu sagen. Dort muß seitens der Arbeitern wie auch der Verwaltung gut aufgepasst werden, daß keine Nebelstände eintreten, weil die dann schlecht ausarbeiten sind. Denn die Kolonien sind ja noch neu und gegenwärtig werden sie auch noch durch eine Reihe Neubauten vergrößert. Nicht ganz in der Ordnung ist es, daß die Wohnungen zu früh bezogen werden. Zeit im Winter zeigen sich nämlich verdecklich nah. Und dann wäre es u. S. nötig, daß die Häuser von außen verputzt würden. Das alles sind ja nur Kleinigkeiten. Viel wichtiger ist, daß die Verwaltung einen einheitlichen Wettbewerb für Wohnungen gleicher Größe und Beschaffenheit einföhrt. Sonderbarweise ist das nicht eingeföhrt. Der eine zahlt für die Wermissemwohnung 17,50 Mt., während der andere im selben Hause für vier Zimmer 19,50 Mt. bezahlen muß. Daraus kann höchstens Unstimmigkeiten unter den Mieter entstehen und es wäre der „Ordnung“ gewiß förderlich, wenn die Verwaltung von jedem Mieter nur 17,50 Mt. verlangte.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Maria, Welterwerbst (Wurmrevier). Auf dieser Grube herrschen recht eigenartige Zustände. Nach dem Stande der Organisation zu rechnen, sollte hier gar keine Rede von Misständen sein, da ein großer Teil der Belegschaft bis heute noch nicht die Notwendigkeit einer Organisation erkannt hat. Am 1. Januar ist die neue Wachtausgabe der Benutzung übergeben worden, leider nur in halbseitigem Aufzettel. Man sollte seitens der Verwaltung etwas mehr Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter nehmen. So ist es, gelinde gesagt, eine Rücksichtslosigkeit, während des Umkleidens einen solch starken Fußzug zu zulassen, wie in den letzten Wochen. Auch sollte man dafür sorgen, daß das Wasser eine angenehme, gleichmäßige Temperatur besitzt und nicht, wie bis dato, einmal brühwarm und dann eiskalt ist. Wir empfehlen dem Herrn Obersteiger, an solche Arbeiten (Zentral- und Wasserheizung) erfahrene Leute und nicht Kinder zu stellen. Daß die Zahl der im Gebrauch befindlichen Brauerei zu knapp ist, wird der Herrn bei persönlicher Überzeugung einleuchten. Dann möchten wir dem Herrn Obersteiger empfehlen, dafür zu sorgen, daß die Lampenausgabe zu rechter Zeit stattfindet, damit die Kameraden, nachdem sie umgekleidet sind, nicht X Stunde und länger auf die Lampen zu warten brauchen und daß Sorge getragen wird, daß dieselben in einem Zustand überreicht werden, der den Anforderungen an die Zweckmäßigkeit und Sicherheit eines Grubenlichts entspricht. Als weiterer Misstand ist empfunden worden, daß die ausfahrenden Kameraden vor der Mittagszeit schon bis zu einer Stunde und länger am Füllort warten müssen, bis sie zu Tage gefördert werden; auch war es schon da, daß diese Leute, nachdem sie schon längere Zeit auf die Seefahrt gewartet hatten, nach dem Hauptschacht verwiesen wurden. Die überspannte Jagd nach Kohlen zeitigt auch hier ihre Früchte. Der einzige und ausfahrenden Belegschaft ist es oft unmöglich, auf normalem Wege zum Schacht zu gelangen, da oft bis nach Beginn der Seefahrt mit bollen und leeren Bügeln rangiert wird, so daß die Kameraden gezwingt sind, die Wasserleitung zu betreten, um der Gefahr des Übereinfahrens zu entkommen. Die in der Grube stattfindende Materialausgabe verdient es ebenfalls, daß die Kameraden an dieser Stelle einmal gedacht wird. Der Herr Obersteiger versteht es, die Gedinge in einer Höhe zu halten, daß die Kameraden bei allzuauerster Anstrengung aller möglichen Vorteile zu keinem auskömmlichen Lohn gelangen können. Hat ein Hafer Schienennägel, Drahtnägel oder sonstiges Kleinteil nötig, so braucht keiner zu glauben, daß die Erlangung solcher „Werksachen“ schnell und leicht zu bewerkstelligen sei. Es sind seine da! Das ist eine stehende Antwort auf eine diesbezügliche Anfrage, und nun Kumpel, deke deinen Bedarf, indem du die nötigen Regel aus alten Schwellen und Stempeln ziebst, sonst kommt du wegen Minderleistung ins Rapportbuch des Obersteiger's. Schreiber dieses erachtet es als seine Pflicht, das Verhalten dieses Herrn etwas zu beleuchten. Die Pflicht eines Vorgesetzten, alle ihm Unterstellten in gleicher Weise

Quartals- und Extrabettreg eingingen. In der zweiten Reihe seien auch die Mitglieder angeführt, für die die Vollbeiträge noch zu zahlen oder denen sie — gegen Streit, Arbeitslosigkeit usw. — erlassen seien. Vollerzähler Mitglieder Gesamt-Mitgliederzahl

	175 807	198 030
1908	247 240	287 545
1904	261 006	292 645
1905	264 950	291 217
1906	230 667	264 268
1907	260 740	300 094
1908	252 018	294 748
1909	265 274	292 523
1910	281 892	308 660
1911	256 256	301 357

Wie kolossal der Mitgliederbestand innerhalb eines Jahres schwankt, geht aus einer dem Kassenbericht angehängten, die Gesamtmitgliedschaft 1910/11 betreffenden Aufstellung hervor. Im Dezember 1910 betrug sie 926 797, im Juli 1911 nur noch 260 805, im November 266 518 und im Dezember wieder 313 000. Dieser starke Mitgliederwechsel wurde leichter belegt von der Hauptverwaltung und den Distriktsleitern. Die Konsuren befundern die Korrektheit der Kassenverwaltung, worauf sie einlaufen wurde.

In einer längeren Debatte beschäftigte sich die Jahresversammlung mit dem Verhalten der Leitung des „Amerikanischen Bundes der Arbeiter“ (eine ähnliche Körperschaft wie die Generalkommision der freien Gewerkschaften Deutschlands). Ihr wurde vorgeworfen, daß die Arbeitssolidarität nicht genügend und beginnende mehr die Politik der Arbeiterschaft. Andere Redner traten diesen Anklagen entgegen. Schließlich wurden wieder die alten Delegierten zur Konferenz des „Amerikanischen Arbeitersbundes“, darunter John McTigue, White, C. W. Hayes, gewählt mit dem Aufruf, die Harmonie durchsetzen zu kämpfen.

Weitere Beschlüsse wurden gefasst, die das Verbandsstatut nach dem Wunsche der sozialistischen Delegierten abändern, der auf eine aktive Beteiligung des Bergarbeiterbundes an der politischen Arbeiterbewegung hinausläuft. Ein Antrag, der sich mit dem von dem sozialistischen Parlamentsmitglied E. F. G. im „Songer“ (amerikanisches Parlament) eingebrachten Alterspensions-Gesetz vorlage einverstanden erklärte, wurde angenommen. Desgleichen Anträge, die sich für eine Altersrente und eine

zu behandeln, scheint diesem Herrn fremd zu sein. Gossen wie, daß dieser Gott genugt, sonst müßten wir deutlicher werden. In einer unangenehmen Weise macht sich der stabile Holzmangel in diesem Kreis bemerkbar. Sonst ist wirklich einmal ein Kosten dieses viel begabten Materials ins Steuer, so ist er im Stu verschwendet, da das Bergbauwesen infolge des immerwährenden Hohlsens von Holz fast vor allen Arbeitern durchdrungen ist. Sieger B. scheint gar keinen Begriff davon zu haben, daß die Kameraden durch Raubau und weiteres Schleppen des Holzes riesige Zeit- und Lohnverluste haben, denn hier gilt mehr wie je das Sprichwort: "Zeit ist Geld." Wir erwarten bestimmt Abstellung obiger Missstände, den Kameraden aber rufen wir zu: Organisiert euch im deutschen Bergarbeiterverbund bis auf den letzten Mann, dann wird es ein Leichtes sein, menschentreuere Arbeitsbedingungen für euch zu erkämpfen.

Saargebiet und Reichslande.

Saar- und Moselgruben. Auf der Seite Merlenbach nehmen die Mälzereien in entscheidender Weise zu und die Kumpels müssen ihre Gleichmäßigkeit schwer hüten. Fast kein Tag vergeht mehr, ohne daß ein Verleier oder Toter aus dem Schacht gefordert wird, so daß man nach der Schicht etwas vermisst, wenn niemand verschlagen oder tot hinausgetragen worden ist. Die erste Frage nach der Aussicht ist: "Wer haben sie denn heute herausgeschipppt? Ist er tot oder nur verfolgten?" Am Januar sind drei Tote im Gebrauch bis zum Ablauf wieder bei Leute herausgeschafft worden und vielleicht werden noch folgen, bis der Monat zu Ende ist. Die Ursache liegt an dem Untreiten, dem erbärmlichen Gedinge und den sich lagernden Überlebenden. Jede Woche wird zweimal volgeschafft und da dieses Völkssegen reibertweise und abwechselnd geschieht, schreien jede Woche drei Meister voll an zum Vollsehen. Dadurch macht jeder Kumpel die Woche zwei Überlebenden und damit die Leute durch allzuviel Fleisch und Gewürzen nicht gut reich oder üppig werden, reichen die Beamten das Gedinge gründlich herunter. Über 5.50 Mt. soll keiner verbrechen, das reicht nach Ansicht der Herren Beamten völlig aus, als lothringischer Bergmann bestehen zu können. Außer dem Gedinge fürgt hat man auch noch die Mieten in der alten Kolonie gestiegen und zwar in den unteren Stadtteilen von 11,50 auf 18,50 Mt. und im oberen Stad von 8 Mt. auf 9,50 Mt. Lohnförderung. Wieslegerung sind die sozialen Pflichten dieser Betriebsverwaltung, und damit die Neulebigen sich nicht beschweren können, sind dazu auch die sämtlichen Preise im Werkstofsumlauf erhöht worden. Allerdings soll diese Preiserhöhung den vereinbarten Kämpfen damit schadhaft gemacht werden, daß im nächsten Jahre wieder eine "Dividende" zur Auszahlung gelangen soll. Voriges Jahr hat man die Warenpreise auf den angeblichen Einsparungspreis heruntergesetzt, dafür dann keine "Dividenden" ausgeschüttet, eine Maßnahme, die unter den Bergleuten leichter begrüßt worden ist. Die Verwaltung hat jedoch gemerkt, daß sie mit dem "Dividenden-System" besser fährt, da nur derjenige eine "Dividende" erhält, der ein volles Jahr im Werkstofumlauf gefahren ist. Die Hälfte, aber gar noch mehr, sind jedoch kein Jahr dort, sondern wer nur fort kann, der verläßt schon nach wenigen Wochen die Fleischköpfe von Saar und Mosel und schläft den lothringischen Dreck von seinen Schläppen, sucht sich ein besseres Vaterland. Die Verwaltung aber glaubt, durch das "Dividenden-System" die Leute ans Werk zu fesseln. Aber wenn das auch nichts hilft, die Verwaltung kann mit ihrer Belegschaft eben machen was sie will, sie weiß, daß seine Einigkeit besteht und so lange schwängt sie unbarmherzig die Belegschaft. Zur Besprechung aller dieser Missstände findet am 3. März eine Belegschaftsversammlung statt, die auch weiter Stellung nehmen soll zu der von den "Christen" eingerückten Lohnforderung, von der bis jetzt allerdings noch niemand weiß, wie sie aussieht. Kein Belegschaftsmitglied darf fehlen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Große Unterschlagungen verübt

Hat der plötzlich verstorbene Rentamt Müller von der Steeler Vollbahn? Müller war im Hauptamt Oberstadtkonkurrenz im der Befürwortungshaus Steele. Er hat, wie schon festgestellt ist, die Einnahmen der Mitglieder in Höhe von 53 000 Mt. sowie 30 000 Mt. aus dem Reservestand unterstrichen! Die Gesamthöhe der unterschlagenen Summe dürfte an 100 000 Mt. heranreichen. Dabei ist die Vollbahn wiederholt von dem Riesigor der Kölner Genossenschaftsbank respektiert worden. Wie der Verbrecher die Unterschlagungen trotzdem verhindern konnte, ist noch nicht aufgeklärt. Im Ratsausschuss der Steeler Vollbahn waren meist Handwerker und Kleingewerbetreibende. Diese Kreise sind nun sehr schwer geschädigt. Ihre Spareinlagen sind unterschlagen und vielleicht müssen sie noch für die hinterlassenen "Abhangsverbindlichkeiten" des selbstverständlich "treutreut" nationalen Oberstadtkonkurrenz auffordern. Auch über diesen Fall wird in der "Ordnungspresse" so merkwürdig wenig berichtet, daß man auf den Gedanken kommen kann, sie seien in "nationalen" Unterschlagungen nichts besonderes. Allerdings ist ihre Zahl so groß, daß wir hier nur die markantesten Fälle registrieren können.

Klerikales Erziehungsrüschchen.

Wer die Zentrumsprese als Uineingeweihter liest, der muß zu dem Glauben kommen, die "christlich-nationale Arbeiterschaft" leide unter einem so furchterlichen sozialdemokratischen Terrorismus, daß sich die Armen kaum noch auf die Straße getraut. Da die offene und verdeckte Schärfmacherprese ein Interesse daran hat, Terrorismusgegenstände zu verbreiten, die Stimmung für ein Ausnahmegesetz gegen die unzulänglichen Arbeiterorganisationen machen, so machen die verlogenen Räubergerichtshäfen am schnellsten die Runde durch die Presse. Bei der Enttäuschung der Schwindeldeien nimmt sie keine oder selten Rücksicht und kann sicher sein, daß bei ersterer Gelegenheit auch im Parlament irgend ein Wahrheitsfeind die längst widerlegten Räubergerichtshäfen aufstößt. Darin hat sich auch der Zentrumsgewerbevereinsabgeordneter Herrmann in zum hause wiederholt hervorgezogen. Er bemühte sich, sich und seine Leute als die stets gerecht behandelten aber von den "roten Terroristen" hinniedergeschlagenen Reichsstaaten zu präsentieren, die gern im Frieden leben, wenn es dem lieben Nachbar nur gefiele. Wie aber besagter Herrmann in Wirklichkeit empfand, das hat er in einer kommunalpolitischen Verhandlung im Brinkopf bewiesen, die sich mit Eingemeindungsfragen beschäftigte sollte. In welcher Weise sich das schneeweisse Reichsstaatenbild aufzuführe, darüber schreibt der Chefredakteur der "Neuen Österreicher Zeitung", Herr Franz Göttling in der "Frischjungen Zeitung" (S. 150, Morgenausgabe):

Zu der Verhandlung war vom Landtagsabgeordneten Imbusch durch in den Wirtschaftsminister einzuladen. Imbusch öffentlich eingeladen worden, unter Aufsicht von Herrn Steiner, besonders für die Herren Oberbergmeister Lohnecker und Mineralöldirektor Reusch von Oberhausen. Beide waren wegen der Habilitationsprüfung am ersten Dienstag angezeigt und für den Tag bei der Verhandlung freie Zeit für die Ausführung der Einladung als eine öffentliche Angelegenheit vorgesehen. Der Redakteur in den Verhältnissen genau vertraute Oberberger im Brinkopf angetreten. Als diese den Saal betreten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den Saal traten — kurz vor 12 Uhr — war er bereits ziemlich gesättigt und ganz von Freunden und Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen. Eine erregte Stimmung war nicht bemerkbar. Herr Imbusch begrüßte sogar einige der erwählten Herren besonders und unterhielt sich mit ihnen. Als dann nach der Eröffnung der Verhandlung Herr Imbusch als Besammlungsleiter den ebenfalls aufmerksam erschienenen Arbeitern der Unterföhringhütte in der Vortrag den

trumgewerbevereinsführter. Und nicht nur in Bochum! Sie brüsten sich, die Meister des ganzen Industriegebiets vor der roten Flut zu sein und schätzen darüber wie die Könige Romas, als sie das Kapitol gerettet hatten. „Wir sind die Starken, auf uns können ihr auch verlassen, treu hüten wir die Tore eures Tempels vor den roten Feinden.“ Schon glaubten die Brahmsäne, die Unternehmer würden sie ans Herz drücken, schon spürten sie den Mund zum Willkommenstropf, da — ein sanftes Hustenfell befördernd ließ wieder in die gebürtige Olsztyn einen Husten im Born, in der Überzeugung. Mein, ruhig abwägend und gewusst, wie stark der Trixt sein muss, so wälzte der Eiszettel der Bechenherren am Hinterteil der Centrumsgewerbevereinsführter seines Amtes. „Bitte, nicht zu nahe, meine Herren, Sie überhöhen Ihre Gewerbevereinsschäfte wohl etwas.“ So hing es aus einer „Veröffentlichung des Bergbaulichen Vereins“, die am 12. Februar in der „Westfälischen Zeitung“ erschien. Sie lautet:

„Das Ergebnis der Wahl von Beisitzern zum Berggewerbege richt Dortmund.

Bekanntlich bestanden zwischen den beiden Hauptarbeiterverbänden, dem Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter und dem alten Verband, Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der für jeden Verband bei den Berggewerbegerichtswahlen abgegebenen Stimmen. Der Verein für bergbauliche Interessen hat nun auf Grund von Angaben der einzelnen Beziehen das Gesamtaufgabt dieser Wahlen zusammenge stellt. Danach ergibt sich, daß im Oberbergamtbezirk Dortmund bei einer Durchschnittsbeteiligung im 8. Wählertag 1911 von 348 576 Mann insgesamt 226 291 Wahlberechtigte = 64,92 Prozent vorhanden waren. Die Zahl der abgegebenen Stimmen belief sich auf 122 079 = 56,05 Prozent der Wahlberechtigten. Von den abgegebenen Stimmen entfielen auf die Kandidaten des Bergverbandes 6878 Stimmen, des alten Verbandes 62 999 Stimmen, des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter 35 693 Stimmen, des polnischen Bergarbeiterverbandes 12 961 Stimmen, des Kirch-Dunderischen Gewerbevereins 1163 Stimmen, sonstige 8282 Stimmen, ungültig waren 818 Stimmen. Zu Beisitzern wurden gewählt von den Kandidaten des Werksvereins 7, des alten Verbandes 132, des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter 82, des polnischen Bergarbeiterverbandes 27, des Kirch-Dunderischen Gewerbevereins keine, sonstige 1, insgesamt 109. Der alte Verband errang Beisitzer in sämtlichen 19 Spruchkammern, am meisten in West-Rellinghausen 12, Dortmund II 11, Dortmund I 18, Wattenscheid 14, in den übrigen Bezielen von 1 bis 10; die Höchstzahl der Beisitzer des christlichen Gewerbevereins betrug 6 in Gelsenkirchen, in weiteren 12 Bezielen je 1 bis 4 und in 6 Bezielen überhaupt keine. In den Bezielen Borsigstadt und Werden erhielt der christliche Gewerbeverein eine höhere Stimmenganz als der alte Verband (2500 gegen 2294 bzw. 2094 gegen 1944 Stimmen), in den Bezielen Herne und Oberhausen blieben sich die Stimmen ungefähr gleich bei einem Vorrang des alten Verbandes, während in allen anderen Bezielen der alte Verband die Stimmen überwiegend auf seine Kandidaten vereinigte, stellweise erbrückend wie in Dortmund I (5201 : 489), Witten (8060 : 415), Duisburg (8058 : 788).“

Das ist eine bittere Pille für die armen Christenführer. Nicht nur, daß das heilige Liebeswerben auf der Unternehmertreite gar so läßt aufgenommen wird. Schlimmer ist noch, daß der Bergbauliche Verein die abgedrehten schwarzen Liebhaber noch vor aller Öffentlichkeit bloßstellt! Man kann den guten Hesdeler beinahe ihre Unbrüderlichkeit nachfühlen, mit der sie eine Gelegenheit herbeisehn, als Streitbrecher die Bechenherren von der Paulertreite ihrer Gefühle zu überzeugen. Ob ihnen das gelingen wird?

Königreich Sachsen.

Eine Lumpenszene.

Was es doch für „edle“ Charaktere gibt! Einem Beamten des Steinohlenbergwerks Hohnsdorf zu Hohnsdorf ging durch die Post folgende Denunziation zu:

„P. P.

„Zur gefälligsten Mitteilung über unsere Beobachtungen des (folgt Name), Dichtenstein, welcher jetzt den Frankenschein hat und auf Beifrag, warum eigentlich, erwiederte er uns, sein Steiger hätte ihm keine gute Arbeit gegeben, und es müßte ihm weigermacht werden. Ubrigens besucht er Vereins-Tannenbaumvergnügen, Aufführungen und Verbands-Messtaurationen, und jetzt Donnerstag den Mastenball. Weiter sagte er uns, daß er dadurch mehr Zeit hätte zur sozialdemokratischen Agitation, wo er besonders die jüngeren Bergarbeiter damit belästigt. In Hohnsdorf und Mödlitz kam er nicht mehr damit fort, folglich mußte er nach Dichtenstein ziehen wo er glaubt ein reiches Arbeitsfeld zu finden. Er sprach davon, daß er den Frankenschein öfters längere Zeit gehabt hätte, es könnte uns als müßte die Kasse sehr gut beteiligt sein wenn derartige Sachen nicht einmal genauer untersucht werden. Vorliegenden Fällen wegen wir es noch mehr Bergarbeiter empfehlen sich auch mal genügend Zeit auf Kosten der Kasse zu verschaffen, es geht ja alles auf Helene.“

Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Demumiant! Ein Glück, daß diese verlumpten Charaktere nur in einzelnen Exemplaren vorhanden sind.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Schweres Grubenunglück.

Auf der „Hohenbrücke“ bei Friedenshütte (Oberschlesien) — gehörig dem Grafen Schaffgotsch — ist am 12. Februar unter Tage ein Grubenbrand ausgebrochen. Von einer 50 Mann starken Rettungskolonne, die zum Abdämmen des Brandes einfuhr, wurden 8 Bergleute durch Brandgas getötet. Das Feuer soll durch die Unachtsamkeit eines Arbeiters im Gebrauch der Grubenlampe entstanden sein. Später gelang es, den Brandherd abzudämmen und unter Wasser zu setzen.

Süddeutschland.

Schachtungslücke.

Im Beschäft der Grube „Heiden“, die in der Nähe der Bahnhöfe stationen Heiden und Friedrichsberg neu abgeteuft wird, ereignete sich am 12. Februar kurz vor 2 Uhr mittags ein schwerer Unglücksfall. Während der Förderung von Materialien riß plötzlich das Förderseil, wodurch die Förderkübel zusammenstießen und sich überschlugen. Der Inhalt entleerte sich auf die unten stehenden Bergleute, wodurch drei Mann sofort getötet und drei andere schwer verletzt wurden.

Lohnbewegungen und Streiks.

Berichtigung.

In Nr. 14 der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 8. April, Seite 7, heißt es in einer Notiz unter der Überschrift „Streik auf Zeche Bergmann bei Witten“ entgegen unserer Berichtigung sei es wahr, daß die Bechenverwaltung versprochen habe, Löhne unter 5,50 Mf. sollten geregelt und erhöht werden und wo Löhne über 5,50 Mf. bis 6,00 Mf. pro Schicht verdient würden, solle das Gehänge nicht reduziert werden. Auch für die Arbeiten im Haupftisch sei eine Erhöhung des Gehänges angezeigt worden.

Wir erklären hierzu nochmals, daß die Behauptungen unwahr sind. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß den Leuten versprochen worden ist, Löhne unter 5,50 Mf. zu erhöhen. Auch die Forderung bei Hauerläufen von 5,50 Mf. bis 6,00 Mf. keinen Gehängearzug eintragen zu lassen, wurde von der Bechenverwaltung abgelehnt. Die unserer Berichtigung entgegenstehenden Mitteilungen über die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß sind unzutreffend.

Hochachtungsvoll!

Gewerkschaft Wittener Steinohlenbergwerk.

Die Direktion: Kirchner.

Beendigung des Streiks im Borinage.

Gegenungen durch den starken Druck der über die Provinzialregierung der Grubendesigner erregten öffentlichen Meinung hat die Regierung der Kammer eine schleunige Aenderung des Alterstversorgungsgesetzes beschlossen, der Artikel in dieser Nummer vorgeschlagen. Die Kammer hat die Aenderung sofort genehmigt, durch welche die Zahlung der gesetzlichen Versicherungsbeiträge auch monatlich erfolgen kann, wo die Lohnzahlung bisher wöchentlich war. Dadurch ist die unmittelbare Ursache des Bergarbeiterstreiks im Revier Borinage beseitigt. Der Streik ist darauf beendet worden. Ein Erfolg der Arbeiterschaft! Die sonstigen arbeiterfeindlichen Gesetzesbestimmungen blieben leider noch unangetastet.

Abrechnung.

Für den Monat Dezember haben bei der Hauptklasse folgende Zahlstellen abgerechnet:

Bezirk Hamm: Ahlen 113,50, Afferde 63,60, Altenbögge 270,50 (2,25), Billmerich 171,—, Bönen 177,50, Bodum-Göbel 55,80, Hamm 305,— (8,—), Hamm-Nord 304,80, Herren 78,— (8,—), Hamm I 307,40 (2,75), Hamm II 111,— (8,25), Hamm III 186,10 (5,50), Königshöfen 551,90 (8,—), Kaiserow 655,50 (0,50), Markt 183,30, Nienberge 186,90, Münsterhöhe 140,70 (8,—), Metzler 139,— (5,50), Mühlhausen 70,20, Moers I 121,50 (1,—), Moers II 245,90 (2,50), Mühlheim 203,10 (1,50), Unna 69,— (1,—), Werne a. d. R. 184,70, Westerhöfen 119,—, Herringen 117, 80 Mt.

Bezirk Südniederrhein: Brechten 475,— (0,50), Brambauer 1045,10 (6,50), Dern 403,10 (3,—), Grevel 114,50, Hoeschede 214,80, Kirchdene 226,80, Lüdinghausen 14,50, Lünen-Süd 73,50 (3,—), Lünen-Nord 881,50 (2,—), Lünen 408,20 (8,—), Niederaden 112,90 (0,70), Oberaden 222,60 (12,75), Selm 305,—, Vort 34,20 Mt.

Bezirk Dortmund: Alsen 245,— (5,—), Bradel 278,— (0,75), Dortmund II 2354,50 (8,—), Dortmund II 803,50 (6,25), Dortmund III 757,60, Dortmund IV 817,00 (5,—), Dortmund V 100,50, Dorstfeld 404,70 (6,—), Deuse 179,— (0,25), Eving I 321,80, Eving II 504,80 (1,50), Eving III 808,— (5,50), Suderde 142,90, Sieb 160,40, Lindenhorst 198,60 (8,25), Marlen 824,20 (0,50), Oelsp I 518,20, Oelsp II 116,50, Rahm 204,30, Schenckhorst 500,40 (11,25), Wambel 78,70, Wieden 210,70 (4,50) Mt.

Bezirk Saarbrücken: Bodelschwingh 168,10, Bövinghausen 545,50 (3,—), Mastrup I 150,50, Mastrup II 211,10 (2,50), Mastrup III 128,50, Delingenhausen 182,50, Frohlinde 78,40, Groppenbrück 175,20, Holzhausen-Wörr 414,70, Habinghorst 206,40, Jäger 181,10, Kirchlinde 120,60, Lütgeborndortmund 1887,50, Mengede 602,90 (0,25), Metz 85,60, Oberkastrop 281,80, Mougel 102,— (8,50), Gornborn 245,40, Godingen 600,90 (1,—), Weistritz 232,20, Wüxzel-Schröter 204,80 Mt.

Bezirk Sosa: Bökel 150,50, Bökel 200,50, Bökel 240,50, Bökel 250,50, Bökel 280,50, Bökel 320,— (1,00), Bökel 368,60, Bökel 401,10, Bökel 449,50, Bökel 479,50, Bökel 509,50 (0,50), Bökel 538,50, Bökel 578,50, Bökel 618,50, Bökel 658,50, Bökel 718,50, Bökel 758,50, Bökel 818,50, Bökel 858,50, Bökel 918,50, Bökel 958,50, Bökel 1018,50, Bökel 1058,50, Bökel 1198,50, Bökel 1318,50, Bökel 1418,50, Bökel 1518,50, Bökel 1618,50, Bökel 1718,50, Bökel 1818,50, Bökel 1918,50, Bökel 2018,50, Bökel 2118,50, Bökel 2218,50, Bökel 2318,50, Bökel 2418,50, Bökel 2518,50, Bökel 2618,50, Bökel 2718,50, Bökel 2818,50, Bökel 2918,50, Bökel 3018,50, Bökel 3118,50, Bökel 3218,50, Bökel 3318,50, Bökel 3418,50, Bökel 3518,50, Bökel 3618,50, Bökel 3718,50, Bökel 3818,50, Bökel 3918,50, Bökel 4018,50, Bökel 4118,50, Bökel 4218,50, Bökel 4318,50, Bökel 4418,50, Bökel 4518,50, Bökel 4618,50, Bökel 4718,50, Bökel 4818,50, Bökel 4918,50, Bökel 5018,50, Bökel 5118,50, Bökel 5218,50, Bökel 5318,50, Bökel 5418,50, Bökel 5518,50, Bökel 5618,50, Bökel 5718,50, Bökel 5818,50, Bökel 5918,50, Bökel 6018,50, Bökel 6118,50, Bökel 6218,50, Bökel 6318,50, Bökel 6418,50, Bökel 6518,50, Bökel 6618,50, Bökel 6718,50, Bökel 6818,50, Bökel 6918,50, Bökel 7018,50, Bökel 7118,50, Bökel 7218,50, Bökel 7318,50, Bökel 7418,50, Bökel 7518,50, Bökel 7618,50, Bökel 7718,50, Bökel 7818,50, Bökel 7918,50, Bökel 8018,50, Bökel 8118,50, Bökel 8218,50, Bökel 8318,50, Bökel 8418,50, Bökel 8518,50, Bökel 8618,50, Bökel 8718,50, Bökel 8818,50, Bökel 8918,50, Bökel 9018,50, Bökel 9118,50, Bökel 9218,50, Bökel 9318,50, Bökel 9418,50, Bökel 9518,50, Bökel 9618,50, Bökel 9718,50, Bökel 9818,50, Bökel 9918,50, Bökel 10018,50, Bökel 10118,50, Bökel 10218,50, Bökel 10318,50, Bökel 10418,50, Bökel 10518,50, Bökel 10618,50, Bökel 10718,50, Bökel 10818,50, Bökel 10918,50, Bökel 11018,50, Bökel 11118,50, Bökel 11218,50, Bökel 11318,50, Bökel 11418,50, Bökel 11518,50, Bökel 11618,50, Bökel 11718,50, Bökel 11818,50, Bökel 11918,50, Bökel 12018,50, Bökel 12118,50, Bökel 12218,50, Bökel 12318,50, Bökel 12418,50, Bökel 12518,50, Bökel 12618,50, Bökel 12718,50, Bökel 12818,50, Bökel 12918,50, Bökel 13018,50, Bökel 13118,50, Bökel 13218,50, Bökel 13318,50, Bökel 13418,50, Bökel 13518,50, Bökel 13618,50, Bökel 13718,50, Bökel 13818,50, Bökel 13918,50, Bökel 14018,50, Bökel 14118,50, Bökel 14218,50, Bökel 14318,50, Bökel 14418,50, Bökel 14518,50, Bökel 14618,50, Bökel 14718,50, Bökel 14818,50, Bökel 14918,50, Bökel 15018,50, Bökel 15118,50, Bökel 15218,50, Bökel 15318,50, Bökel 15418,50, Bökel 15518,50, Bökel 15618,50, Bökel 15718,50, Bökel 15818,50, Bökel 15918,50, Bökel 16018,50, Bökel 16118,50, Bökel 16218,50, Bökel 16318,50, Bökel 16418,50, Bökel 16518,50, Bökel 16618,50, Bökel 16718,50, Bökel 16818,50, Bökel 16918,50, Bökel 17018,50, Bökel 17118,50, Bökel 17218,50, Bökel 17318,50, Bökel 17418,50, Bökel 17518,50, Bökel 17618,50, Bökel 17718,50, Bökel 17818,50, Bökel 17918,50, Bökel 18018,50, Bökel 18118,50, Bökel 18218,50, Bökel 18318,50, Bökel 18418,50, Bökel 18518,50, Bökel 18618,50, Bökel 18718,50, Bökel 18818,50, Bökel 18918,50, Bökel 19018,50, Bökel 19118,50, Bökel 19218,50, Bökel 19318,50, Bökel 19418,50, Bökel 19518,50, Bökel 19618,50, Bökel 19718,50, Bökel 19818,50, Bökel 19918,50, Bökel 20018,50, Bökel 20118,50, Bökel 20218,50, Bökel 20318,50, Bökel 20418,50, Bökel 20518,50, Bökel 20618,50, Bökel 20718,50, Bökel 20818,50, Bökel 20918,50, Bökel 21018,50, Bökel 21118,50, Bökel 21218,50, Bökel 21318,50, Bökel 21418,50, Bökel 21518,50, Bökel 21618,50, Bökel 21718,50, Bökel 21818,50, Bökel 21918,50, Bökel 22018,50, Bökel 22118,50, Bökel 22218,50, Bökel 22318,50, Bökel 22418,50, Bökel 22518,50, Bökel 22618,50, Bökel 22718,50, Bökel 22818,50, Bökel 22918,50, Bökel 23018,50, Bökel 23

Buzug nach den Bergrevieren ist streng fernzuhalten!

Rassenbericht des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Geschäftsjahr 1911 (vom 1. Februar 1911 bis 31. Januar 1912).

Einnahmen.

1. Bestand am 1. Februar 1911	8 828,88 M.
2. Beiträge der Mitglieder	2 289 408,98 "
3. Rentenbeiträge	10 575,20 "
4. Privatabonnenten	26 505,- "
5. Gremialaten	46 181,90 "
6. Duplikate und Ausgaben	184,78 "
7. Rückzahlung von Vorschüssen	62 216,70 "
8. Drucksachen	8 100,75 "
9. Streitbeiträge	18 007,75 "
10. Spenden	182 223,00 "
11. Banken und Sparkassen	1 000 808,90 "
12. Diverse	16 250,77 "
Gummia	4 176 777,87 M.

Ausgaben.

1. Ortsbegleitung und Zeitungsbüten	810 259,48 M.
2. Belegschaftsgaben	40 022,87 "
3. Allgemeine Agitation und Bezirkskosten	147 476,80 "
4. Generalsammlung, Elgungen und Konferenzen	42 717,14 "
5. Unterstellungen in Bergrevieren	01 776,- "
für Gewerbegezelle	48 001,27 "
für Streit	1 528 020,71 "
für Streit der anderen Verbände	21 000,- "
für Arbeitslose	98 001,48 "
für Kranken	351 426,18 "
6. Straßen und Poststellen	22 267,01 "
7. Städtschutz, eigene Sekretariate	04 867,49 "
8. andere Sekretariate	24 153,80 "
9. Drucksachen und Buchdruckarbeiten	61 080,05 "
10. Verbandsorgane	184 486,80 "
11. Internationales Sekretariat u. Generalkommission	17 188,89 "
12. Banken und Sparkassen, Darlehen und Effekten	1 132 991,65 "
13. Verwaltungskosten, persönliche	87 799,67 "
14. Verwaltungskosten, sachliche	20 457,06 "
15. Bildungsarbeiten	1 564,75 "
16. Diverse	28 847,68 "
17. Kassenbestand am 31. Januar 1912	3 158,75 "
Gummia	4 176 777,87 M.

Vermögensübersicht.

Banken, Sparkassen und Darlehen	2 878 508,46 M.
Effekten	1 283 000,- "
Noch zu berechnende Binfen	16 078,76 "
Kassenbestand am 31. Januar 1912	8 158,75 "
Gummia	3 875 755,97 M.

Außerdem befinden sich in den Bezirks- und Ortskassen Bestände in Höhe von

86 200,-

Das Gesamtvermögen beträgt

8 711 955,97 M.

Carl Stühmeyer, Hauptkassierer.

Vorstehende Abrechnung mit Büchern, Belegen und Kasse in Über einstimmung befinden.

Bochum, den 1. Februar 1912.

Für den Vorstand: Für den Kontrollausschuss:

Friedrich Walchendorf.

J. W. Heinrich Munsberg.

Zu vorstehendem Rassenbericht sei folgendes bemerkt:

Einnahme.

Der Einnahmestand besteht aus dem am Tage des Abschlusses in der Bergreviere vorhandenen Bargeld. Diese Summe kann nur gering sein, weil das flüssige Geld des Verbandes in Sparassen und Banken einzubringen angelegt ist.

Die Beiträge sind im Laufe des Jahres 1911 eingegangen 2 289 408,98 M. Es ist dieses gegenüber dem Jahre 1910 eine Mehreinnahme von 118 891,02 M. Ein Teil dieser Mehreinnahme ist auf die aus unserer letzten Generalversammlung beschlossene Durchführung des 50 Pf.-Beitrags zurückzuführen. Auch haben sich unsere Repräsentanten um etwas berringer. Diese vollständig zu bestätigen, muss das Ziel sämtlicher Verbandsfunktionäre sein. In manchen Revieren löst auch die Zahlung des 50 Pf.-Beitrags noch viel zu willigen übrig. Hier muss im Laufe dieses Jahres möglichst geschaffen werden. Wenn Großes von der Organisation verlangt wird, müssen die Mitglieder auch Opfer bringen. Gejagt kann werden, dass sich der Verband im Jahre 1911 vorzüglich gehalten hat. In Beträufungen hat es wahrlich nicht geheiht. Unsere Freunde werden aber ersuchen müssen, dass wir marzipieren. Hoffen wir, dass es in diesem Jahre noch besser wird. Hierzu nach jeder Verbandskamerad mit beitreten.

Ein Beitrag wurde 16 575,20 M. vereinbart. Dieser Posten lässt erkennen, dass an agitatorischer Arbeit vieles geleistet wurde. Wir können aber auch aus diesen Posten schließen, dass die Zuführung innerhalb unseres Verbandes immerhin groß ist. Durch Vergleichen geht uns mancher Verbandskamerad verloren. Hier muss noch Abhilfe geschaffen werden.

Die Ergebnisse sind aus dem Jahre 1910, die im Laufe des Jahres 1911 nachgezählt wurden.

Die Summe aus den Kranspendemarken und Duplikaten steht sich aus den Zahlstellen gelieferten Kranspendemarken und Erstaßbüchern zusammen.

Der Beitrag zur Rückerstattung von Vorschüssen, welcher 62 216,70 M. beträgt, beläuft sich darum so hoch, weil sich darunter eine Summe von 80 000 M. befindet, die leidweise an eine andere Organisation gegeben und von dieser zurückgezahlt wurde.

Unter dem Titel Druckerlagenten befinden sich Beiträge, die von der Hauptstelle für gelieferte Broschüren an die Zahlstellen und Bezirksgruppen zunächst bezahlt und dann wieder an die Hauptstelle zurückgestellt werden.

Die Summe von 19 807,75 M. für Streitbeiträge setzt sich aus Beiträgen der Bezirke und Zahlstellen zum Streitfond und aus zurückgezahlten Streitgebern zusammen.

Von den Banken wurden im Laufe des Jahres 1 606 868,90 M. hauptsächlich während des Streites im vergangenen Sommer, abgezogen.

Der Posten Diverse fest sich zusammen aus Guthaben der Bezirkstassen, der in der Ausgabe unter Diverse wieder seinen Ausgleich findet. Die Unterbringung der Beiträge unter dieser Rubrik macht sich notwendig, weil wichtige Kostenrechnung gemacht wird.

Ausgabe.

Unter dem Titel Ortsbegleitung und Zeitungsbüten sind die Ausgaben für die Verwaltung der Verbandsgerichte in den

einzelnen Zahlstellen, Aufschlüsselung an die Vertrauensleute, Kassierer, Reiseposten und Zeitungsbüten enthalten.

Unter Belegschaftsgaben sind die Prozente, die in den einzelnen Bezirken zur Bildung von Bezirksstellen verbleiben, zu verstecken.

Für Agitation und Belegschaftsgaben wurden 147 476,88 M.

Mark ausgegeben. Darunter sind: Gehälter der Belegschaft, Gosen und Fahrgelder der Referenten, Ausgaben bei Wahlen, Berggewerbe-

gerichte, Knapphatschäftsstellen und Sicherheitsmännerwochen.

Ist die Generalversammlung, Sitzungen und Konferenzen und Konferenzen wurden 42 717,14 M. ausgegeben. Darunter sind teilweise ebenfalls auch die Fahrgelder der Delegierten. Wegen der Sonderbewegungen im vergangenen Jahr haben sich eine Anzahl Kon-

ferenzen und Sitzungen nicht mehr gemacht.

In Unterstellungen, in Bergrevieren, bei Mahreges-

sungen, Streits, Arbeitslosen- und Krankenunter-

stützungen wurden 2 008 553,08 M. ausgegeben. Wertbrief für jeden einzelnen Posten verausgabt wurde, ist aus der Aufstellung der Poste-

n zu ersuchen. Streits wurden geführt auf Kaltwerten, in den mittel-

deutschen und sächsischen Bergbaurevierlexen sowie im Ruhrrevier

auf den beiden Waldau-Segen und Bergmann. Die Ausgaben für

Sitzunterstützung beweisen, dass es dem Verband nicht an Kämpfen

gemangelt hat, und das ernsthafte Verteilen vorhanden war, die Lage

der Verbandsmitglieder sowohl wie die Lage aller Bergarbeiter zu verbessern.

Für Strafen und Prozessosten, Mechtisschuh in

eigenen Sekretariaten und Mechtisschuh in anderen

Sekretariaten wurden 111 288,40 M. verausgabt. Die Ausgabe

für Mechtisschuh in anderen Sekretariaten entsteht dadurch, weil eine

Reihe Sekretariate den Gewerkschaftssekretären unterstellt sind. Gofern

diese an die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes Mechtisschuh er-

teilen, muss der Verband hierfür Beiträge zahlen.

Die Ausgaben für Drucksachen, Buchbindereien

und Druck der Verbandsorgane wurden an die Firma

H. Hansmann & Co. gezahlt. Diese Firma führt ihre Kassenbüro

von denen des Verbandes getrennt.

Als Beitrag zum internationalen Sekretariat und

an die Generalmission wurden 17 188,80 M. gezahlt.

Aus den laufenden Einnahmen des Verbandes wurden, wie der

Posten 17 zeigt, in Bantien und Sparassen, Darlehen und Effekten

1 132 991,65 M. niedergelegt.

Unter persönlichen Verwaltungskosten sind die Aus-

gaben für die Gehälter der Beamten an der Zentrale des Verbandes

zu verstehen.

Die jährlichen Verwaltungskosten stellen die Ausgaben

für Bureaucosten, Schreibmaterial, Papier u. dgl. dar,

für Bildungswege der Verbandsmitglieder wurden 1584,75 M.

ausgegeben.

Unter den Ausgaben für Diverse befindet sich der bedauerliche

Verlust von 16 217,80 M., der durch den Rückfall des Kreisb

entstanden ist. Weiter sind darunter 1000 M. die bei der Staatsanwaltschaft

zur Erfüllung des Täters hinterlegt sind, enthalten.

Das G. mit über 1000 M. das Verband beträgt am Jahres-

schluss 3 711 955,97 M. Der Vermögensbestand ist am Jahreschluss

1911 geringer wie im Jahre vorher. Dieses findet seine Erklärung

durch die ungeheure schweren Kämpfe (10 Streits), welche der Verband

im vergangenen Jahre führen musste. Hieraus geht hervor, dass der

Verband eine Kampforganisation im wahren Sinne des Wortes ist.

Verbandsnachrichten.

Beim dieswöchentlichen Zeitungsversand wird für jede Zahl-

stelle ein Adressenverzeichnis beigelegt. Sollte irrtümlich die

eine oder andere Zahlstelle überschauen werden, dann bitten wir

um sofortige Mitteilung.

Bibliothek.

Grobbede. Die Bibliothek bleibt am Sonntag, 28. Febr., geschlossen. Noch ausliehende Bücher müssen bis dahin abgegeben werden.

Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleibent:

Altenburg. Vom 25. Februar bis 10. März.

Großröhrsdorf. Vom 1. bis 15. März.

Görlitz. Vom 21. Februar bis 13. März.